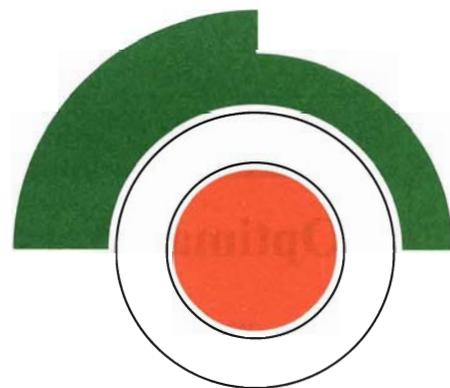


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 1



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 30. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 19.1.1999

WORT UND WIDERWORT

Brauchen Krankenhäuser mehr Selbständigkeit und Handlungsspielraum?

Das im Dezember 1998 vom Landtag beschlossene Krankenhausgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen eröffne den Krankenhäusern die Möglichkeit, das Ziel einer wirtschaftlich orientierten Handlungsweise besser umzusetzen. Trotz der Vorteile größerer Handlungsfreiheiten müsse gleichwohl beachtet werden, daß die Freiräume dort ihre Grenzen erführen, wo sie die Versorgungsqualität zu gefährden drohten. Das erklärt die SPD-Abgeordnete **Vera Dedanwala**. Der CDU-Abgeordnete **Hermann-Josef Arentz** betont, durch das neue Krankenhausgesetz des Landes sei die Lage für die Krankenhäuser nicht besser geworden. Wer die Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser, ihre Qualität und Effizienz steigern wolle, müsse ihnen mehr Spielraum geben. Dies werde in Zukunft um so wichtiger werden, weil unter den jetzigen politischen Mehrheitsverhältnissen im Land nicht mit einer besseren Ausstattung der Krankenhäuser zu rechnen sei. Der GRÜNE-Abgeordnete **Daniel Kreutz** meint, bei allem Verständnis für die schwierige Lage, in die die Krankenhäuser durch die Gesetzgebung der Regierung Kohl gebracht worden seien, wolle man nicht dazu beitragen, die Verwandlung des Krankenhauses in ein Wirtschaftsunternehmen voranzutreiben, das Erfolg oder Mißerfolg an der Bilanz messe. Gutes müsse nicht teuer sein. Dazu aber bedürfte das Krankenhaus zunächst bundesrechtlicher Grundlagen, die das Verhältnis zum Patienten „entökonomisierten“.

(Seite 2)

Milliardeninvestition Zellstoffwerk liegt auf Eis

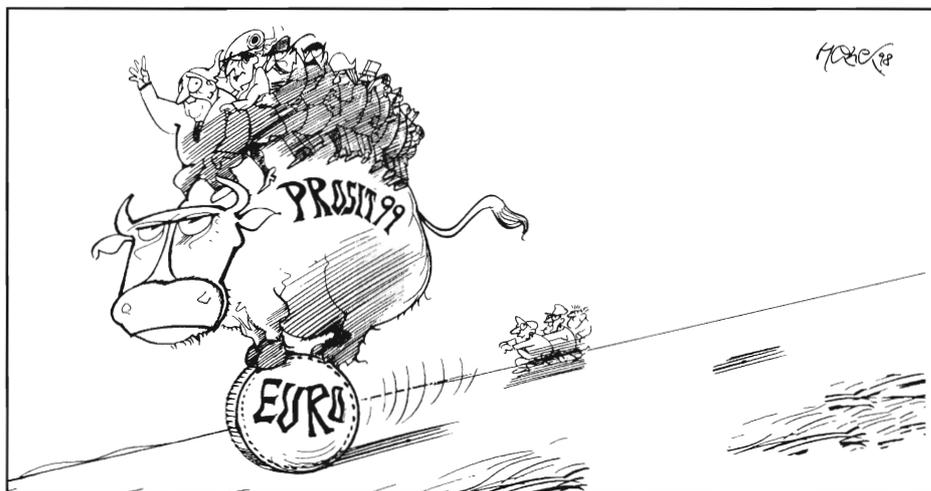
„Bisher gibt es noch keinen Investor“

In der Frage der Ansiedlung eines Zellstoffwerks in Nordrhein-Westfalen ist noch keine Entscheidung gefallen. Es gibt noch keinen Investor, und ein Gutachten, das fünf mögliche Standorte für diese Großinvestition untersucht hat, wird zur Zeit von der Landesregierung ausgewertet. Erste Ergebnisse sollen in diesem Monat im zuständigen Ausschuß erörtert werden.

Das hat sich in der letzten Fragestunde des Landtags aus den Antworten von Wirtschaftsminister Peer Steinbrück (SPD) auf die Fragen von Clemens Pick (CDU) herausgestellt. Pick hatte darauf hingewiesen, daß die Bundesrepublik mit 3,5 Millionen Tonnen der weltweit größte Importeur von Zellstoff sei und daß das Rohstoffaufkommen im Lande die Ansiedlung rechtfertige; auch die Umweltauflagen könnten erfüllt werden.

Der Minister vermochte dem letzteren nicht völlig zuzustimmen: Die Entscheidung könnte, meinte er, mit Blick auf die Abwasserfrage problematisch sein. Zudem habe sich bei der Landesregierung noch kein möglicher Investor gemeldet. Seine Kollegin Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) er-

gänzte dies mit dem Hinweis, daß ein von ihr gemachtes entsprechendes Gesprächsangebot mit einem potentiellen Anlagenbauer im Lande bislang von der anderen Seite nicht aufgegriffen worden sei.



Er kommt

Zeichnung: Hanel (Kölner Stadtanzeiger)

Die Woche im Landtag

Haushaltsrechte

Eine Änderung der Landeshaushaltsordnung wegen der neuen Steuermodelle lehnte der Finanzminister im Haushaltsausschuß als verfrüht ab. (Seite 3)

Politikkurs

Bei der Dritten Lesung des Haushaltsgesetzes 1999 prallten die Auffassungen über den richtigen politischen Kurs zum Teil heftig aufeinander. (Seite 4)

Fleischkontrolle

Mit dem Fleisch- und Geflügelhygienekostengesetz soll eine effektive staatliche Kontrolle erreicht werden. (Seite 6)

Finanzgerichte

Der Landtag hat durch eine Gesetzesänderung die Zuständigkeit der Finanzgerichte der Neuordnung der Oberfinanzdirektionen angepaßt. (Seite 8)

Fraktionsgeschichte

Der Historiker Dieter Düding hat den zweiten Band über die Arbeit der SPD-Landtagsfraktion von 1966 bis 1990 vorgelegt. (Seite 12)

Jahresarbeit

Der Landtag hat im vergangenen Jahr 28 Gesetze beschlossen und in 19 Aktuellen Stunden brisante Themen aufgegriffen. (Seite 15)

WORT UND WIDERWORT

Optimale Versorgung von Patienten muß Vorrang haben

Von
Vera Dedanwala

Ein vorrangiges Ziel sozialdemokratischer Gesundheitspolitik ist die wohnortnahe, bedarfsgerechte und wirtschaftliche Versorgung der Patientinnen und Patienten mit ärztlichen und pflegerischen Leistungen. Voraussetzung hierfür sind u.a. leistungsfähige Krankenhäuser, denen wir ausreichende Gestaltungsmöglichkeiten einräumen, ein bedarfsgerechtes Angebot zu erbringen.

Dazu leistet das im Dezember 1998 vom Landtag beschlossene Krankenhausgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (KHG NW) einen wichtigen Beitrag. Es eröffnet den Krankenhäusern die Möglichkeit, das Ziel einer wirtschaftlich orientierten Handlungsweise besser umzusetzen. Zum anderen bezieht das neue, durch das KHG NW festgeschriebene Krankenhausplanungsverfahren die Krankenhaussträger neben den übrigen Beteiligten stärker und früher in die Krankenhausplanung ein. So erhalten sie die Chance, ihr Know-how in die Wei-

SPD: Handlungsautonomie wird gestärkt, Versorgungsqualität gesichert

terentwicklung der Krankenhausversorgung einzubringen. Schließlich erhöht das KHG NW die Gestaltungsmöglichkeiten der Krankenhäuser zur Anpassung ihrer Bettenanzahl. Die Pauschalierung der bei Einengung des Krankenhausbetriebes bewilligten Ausgleichszahlungen verbessert die Kalkulationsgrundlage der Krankenhäuser und schafft Anreize zum Abbau überzähliger Bettenkapazitäten.

Trotz der insoweit bestehenden Vorteile größerer Handlungsfreiheiten muß gleichwohl beachtet werden, daß die Freiräume dort ihre Grenzen erfahren, wo sie die Versorgungsqualität zu gefährden drohen. Aus diesem Grund wird beispielsweise durch das KHG NW festgelegt, daß Privatstationen weder eingerichtet noch betrieben werden. Mit gleicher Zielrichtung kommt dem Land im Rahmen des Planungsverfahrens — unbeschadet der größeren Einbindung der Kassen und der Krankenhäuser — nach wie vor die Letztentscheidung zu. Hierdurch wird gewährleistet, daß regionale und überregionale Aspekte der Versorgung mit Krankenhausleistungen durchgesetzt werden können.

Insgesamt stellt das KHG NW einen gelungenen Ansatz dar, den schwierigen Spagat zwischen Handlungsautonomie und gleichzeitiger Sicherung der Versorgungsqualität zum Wohle der Patientinnen und Patienten zu meistern.

Von
Hermann-Josef Arentz

Die Landesregierung mutet unseren Krankenhäusern heute ein Maximum an Vorschriften bei einem Minimum an finanzieller Förderung zu. Dabei hätten die nordrhein-westfälischen Krankenhäuser im Interesse von Patienten und Beschäftigten genau das Gegenteil nötig: Mehr Förderung und weniger Vorschriften. Die Vielzahl unnötiger Vorschriften, Regulierungen und Fehlanreize hat in der Vergangenheit die notwendigen Strukturveränderungen in der nordrhein-westfälischen Krankenhauslandschaft nachhaltig behindert. Lange Zeit galt die Parole: Extra Geld für extra Betten. Die Anpassung der Bettenzahl an den Bedarf war unter diesen Voraussetzungen stets mit großen Problemen und massiven staatlichen Eingriffen verbunden.

Durch das im Dezember 1998 verabschiedete neue Krankenhausgesetz des Landes ist die Lage für die Krankenhäuser nicht besser geworden. Zwar

CDU: Leistungsfähigkeit stärken

konnte die CDU erreichen, daß sich die Pauschalförderung nicht mehr allein nach der Zahl der Betten richtet, aber eine Vielzahl überflüssiger und behindernder Vorschriften kennzeichnen auch das neue nordrhein-westfälische Krankenhausgesetz. Ein Beispiel: Es ist absurd, wenn für die Ausgliederung von Teilen eines Krankenhauses oder für die Vermietung einzelner Räume gleich die Genehmigung der zuständigen Behörde einzuholen ist. Auch viele andere Vorschriften zeigen das chronische Mißtrauen der Sozialdemokraten gegenüber der Eigenverantwortung der Krankenhäuser und der freien Träger.

Wer die Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser, ihre Qualität und Effizienz steigern will, muß ihnen mehr Spielraum geben. Dies wird in Zukunft umso wichtiger werden, weil unter den jetzigen politischen Mehrheitsverhältnissen im Land nicht mit einer besseren finanziellen Ausstattung der Krankenhäuser zu rechnen ist. NRW ist heute unter allen 16 Bundesländern dasjenige, das seine Krankenhäuser am schlechtesten fördert. Die „schleichende Enteignung“ der Krankenhaussträger durch die Landesregierung hat zu einem hohen Ausmaß an Substanzverlust und Substanzverzehr geführt. Wenn die Landesregierung den Krankenhäusern schon nicht die notwendigen Mittel gibt, soll sie ihnen wenigstens mehr Freiheit geben.

Von
Daniel Kreutz

Die aktuellen Forderungen von Krankenhaus-trägern nach mehr Spielräumen eigenständigen Wirtschaftens sind unmittelbare Folge der Weichenstellung auf marktwirtschaftlichen Wettbewerb, die mit der Gesundheitsstrukturreform von 1992 vorgenommen wurde. Vor allem die Einführung im voraus kalkulierter, simulierter „Preise“ für Einzelleistungen (Fallpauschalen, Sonderentgelte) zwingt das Krankenhaus zu einer unternehmerischen Geschäftspolitik. Der strikte Sparkurs der für die Finanzierung der Betriebskosten zuständigen Krankenversicherung setzt die Häuser unter erheblichen wirtschaftlichen Druck. Ziel der Kassenverbände ist zudem eine „Konzentration auf leistungsfähige Standorte“, d.h. eine Ausdünnung des bisherigen Netzes wohnortnaher Versorgung. Vor diesem Hintergrund müssen v.a. kleinere Allgemeinkrankenhäuser um ihre Existenz fürchten, wenn sie rote statt schwarze Zahlen schreiben.

Angesichts dessen ist verständlich, wenn die Träger sagen: Wenn man schon von uns verlangt, uns wie ein Wirtschaftsunternehmen zu verhalten, muß man uns auch entsprechend erweiterte unternehmerische Handlungs-

GRÜNE: Konflikt zum individuellen Hilfebedarf

spielräume zubilligen, mit denen wir unsere Chancen, am „Markt“ zu überleben, verbessern können.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen diesen Umbau der Krankenversorgung nach dem Bild der Marktkonkurrenz grundsätzlich ab. Er unterwirft das Verhältnis zu den einzelnen Patientinnen und Patienten verstärkt ökonomischen Kalkülen, die nicht selten in Konflikt zum individuellen medizinisch-pflegerischen Hilfebedarf treten. Die Stärkung qualitätsblinder monetärer Steuerungsinstrumente entfernt das Krankenhaus weiter von der seit langem geforderten „Patientenorientierung“. Wir haben es hier mit einem Baustein neoliberaler Gesellschaftsveränderung zu tun, die uns besonders für den Umgang mit kranken, hilfebedürftigen Menschen unerträglich erscheint.

Bei allem Verständnis für die schwierige Lage, in die die Krankenhäuser durch die (mit der SPD ausgehandelte) Gesetzgebung der Regierung Kohl gebracht wurden, möchten wir daher nicht dazu beitragen, die Verwandlung des Krankenhauses in ein Wirtschaftsunternehmen, das Erfolg oder Mißerfolg an der Bilanz mißt, voranzutreiben.

Eine gänzlich andere, notwendige Debatte wäre die, wie mehr Selbständigkeit und erweiterte Handlungsspielräume des Krankenhauses im Rahmen eines Wettbewerbs um die beste Versorgungsqualität für die Patientinnen und Patienten zu einer konsequenten Durchführung der Patientenorientierung beitragen können. Gutes muß nicht teuer sein! Dazu aber bedürfte das Krankenhaus zunächst bundesrechtlicher Grundlagen, die das Verhältnis zum Patienten „entökonomisieren“ und den Trägern Existenzsicherheit geben.

Opposition um Haushaltsrechte des Landtags besorgt

Schleußer: Berichtspflichten erst nach Erfahrung mit flexibler Buchführung regeln

Zur 3. Änderung der Landeshaushaltsordnung (LHO) hatte der Haushalts- und Finanzausschuß am 29. Oktober 1998 eine öffentliche Anhörung durchgeführt. Im Interesse der Budgetrechte des Parlaments hatte die CDU-Opposition aufgrund der Experten-Äußerungen zum Thema „Budgetierung, Globalisierung und Flexibilisierung, Kosten- und Leistungsrechnung in der Landesverwaltung“ das Finanzministerium im Dezember um eine Formulierungshilfe für die Regelung eines Berichtswesens gebeten.

Finanzminister Heinz Schleußer lehnte jedoch die Aufnahme solcher Regelungen in der novellierten Landeshaushaltsordnung zum jetzigen Zeitpunkt ab. Die Sachverständigen hätten in der Anhörung übereinstimmend festgestellt, daß die Änderungen das Budgetrecht des Parlaments nicht beeinträchtigen, heißt es in der Vorlage des Ministers dazu (Vorlage 12/2522). Erst bei zunehmender Budgetierung halte er den Aufbau geeigneter Informations- und Steuerungsinstrumente für erforderlich. Bei der leistungsbezogenen Planaufstellung und -bewirtschaftung ändere sich an der tradierten Darstellung der Ausgaben im Haushaltsplan nichts. Informations- und Steuerungsverluste für das Parlament träten nicht ein. Die neuen Steuerungsinstrumente würden zur Zeit erprobt und Modellvorhaben gefahren, sagte Schleußer. Solange ausreichende Kenntnisse fehlten, lehne er Verfahrensänderungen ab.

Vergeblich wies Helmut Diegel (CDU) auf Empfehlungen der Sachverständigen, ein Berichtswesen einzuführen, und auf Anpassungen in anderen Bundesländern hin. Die Änderung der Landeshaushaltsordnung solle ausgesetzt werden, um die Folgen der neuen Steuerungssysteme einbeziehen zu können. Die Minderheit im Haushaltsausschuß habe große Sorge, daß das Parlament nicht mehr mitbekomme, was in der Landesverwaltung ablaufe. Der Wunsch sei berechtigt, meinte Reinhold Trinius (SPD), dessen Erfüllung aber zur Zeit nicht sinnvoll. Die im Gesetzentwurf vorgesehene ergebnisoffene Gesetzgebung sei ungewöhnlich. Finanzminister Schleußer sagte zu, Änderungen aktiv ausarbeiten zu lassen, wenn die von Ministerialdirigent Dr. Berg beschriebene 2. Phase der Umstellung auf ein outputorientiertes Budget erreicht sei.

Den CDU-Antrag zur Kulturförderung begründete Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU) mit Fehlleitungen von Landesmitteln durch Förderung von „Event“-Unternehmen (Musicals), die später pleite gegangen seien. Helmut Diegel (CDU) ergänzte, die Theaterförderung sei dagegen zusammengestrichen worden. Brigitte Herrmann (GRÜNE) widersprach energisch: Der Kulturretat sei nicht heruntergefahren, sondern erhöht worden. CDU-Abgeordnete argumentierten zudem unterschiedlich, und Kulturförderung sowie Kulturwirtschaft würden vermengt. Anke Brunn (SPD) sah ebenfalls falsche Akzente im CDU-Antrag und verteidigte im übrigen die Förderung auch von Großprojekten. Ernst-Martin Walsken (SPD) hob die Ausdehnung von Kulturförderung aus mehreren Ressorts hervor.

Zu Beginn der ersten Sitzung im neuen Jahr wählte der Haushalts- und Finanzausschuß am 14. Januar den CDU-Abgeordneten Volkmar Klein einstimmig zum neuen Vorsitzenden als Nachfolger von Leo Dautzenberg (CDU). Der Ausschuß vertagte die abschließende Beratung der 3. Änderung der Landeshaushaltsordnung, zu der zahlreiche Zuschriften eingegangen waren, und des CDU-Antrags „Aktives Immobilienmanagement für NRW (Drs. 12/2557), wozu Ende Januar ein Gutachten erwartet wird. Den CDU-Antrag „Fördern, was es schwer hat: Kulturförderung auf eine neue Grundlage stellen!“ (Drs. 12/3439) lehnte die Mehrheit von SPD und GRÜNEN im mitberatenden Haushaltsausschuß aus grundsätzlichen Erwägungen ab. Die Situation der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf wurde von Finanzminister Heinz Schleußer weiterhin als schwierig angesehen. Durch XETRA werden bisher auch alle in Düsseldorf getätigten Umsätze der Frankfurter Börse zugerechnet. Dies werde sich erst ab 1. Februar 1999 ändern, weil XETRA durch den Erwerb der Nutzungsrechte von Frankfurt dann in das Leistungsangebot der RWB eingegliedert wird. Weiterhin seien zur Zeit Überlegungen im Gange, an welchem Platz die geplante Strombörse eingerichtet werde. Interesse hätten neben Düsseldorf auch Frankfurt und Hannover. Ende Januar fänden zu dem Thema Gespräche zwischen den Wirtschaftsministern der Länder statt. Winfried Schittges (CDU) versicherte für die CDU-Fraktion die volle Unterstützung des Finanzministers in dem Bemühen, die Strombörse in Düsseldorf anzusiedeln.



Zum neuen Vorsitzenden wählte der Haushalts- und Finanzausschuß einstimmig den Siegerländer CDU-Abgeordneten Volkmar Klein. Der Diplomvolkswirt und Unternehmensberater Klein gehört dem Landtag seit 1995 an. Die stellvertretende Ausschußvorsitzende Gisela Meyer-Schiffer (SPD) gratulierte ihm zur Wahl und zum 38. Geburtstag am Vortag. Vorne r. Michael Breuer (CDU). Foto: Schälte

Beihilfen-Verordnung

Änderung ausgesetzt

Die Änderung der Beihilfen-Verordnung, wonach freiwillig versicherte Angestellte den Pflichtversicherten gleichgestellt werden sollten, werde bis zum Jahresende 1999 ausgesetzt. Das teilte Leitender Ministerialrat Steller (Finanzministerium) im Haushaltsausschuß mit.

Helmut Diegel (CDU) hatte von zahlreichen Beschwerden berichtet, in denen betroffene Versicherte bis zu doppelt so hohe Belastungen vorgerechnet hätten. Durch die Neuregelung sollen Beihilfen nur noch auf zuschufähige medizinische

Leistungen gewährt werden. Von besser verdienenden Angestellten sind außerdem ab 1999 Beihilfeansprüche bis zur Höhe von jährlich 600 Mark selbst zu tragen.

Steller bezweifelte die zitierten krassen Auswirkungen, kündigte jedoch eine Änderung an, die im Einvernehmen in der Tarifgemeinschaft des Bundes und der Länder erarbeitet werden soll. In einem Fax an „Landtag intern“ hat ein kurz vor der Pensionierung stehender Hochschullehrer eine monatliche Mehrbelastung von 1000, wenn nicht gar 2000 Mark durch einen Krankenhausaufenthalt vorgerechnet und die Neuregelung ohne ausreichende Vorwarnung, ohne Übergangsregelung und ohne Chance zu rechtzeitiger Zusatzversicherung kritisiert.

Heftige Auseinandersetzungen über politischen Kurs bei 3. Lesung des Etats 1999

Nur Einigkeit im Grundsatz: NRW Spitze unter Ländern und Regionen

Bei der dritten Lesung des Haushaltsgesetzes 1999 noch vor dem Jahreswechsel am 17. Dezember kam es in einer politischen Generaldebatte zu teilweise heftigen Auseinandersetzungen zwischen Oppositionsführer Dr. Helmut Linssen (CDU) und Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD). Kritische Themen waren vor allem der Umzug der Staatskanzlei ins Düsseldorfer Stadtort und die Wirtschaftsförderung. Einhellig indessen die Ansicht aller Redner, so auch des SPD-Fraktionsvorsitzenden Professor Dr. Manfred Dammeyer und des GRÜNE-Fraktionsprechers Roland Appel, daß Nordrhein-Westfalen eine Spitzenposition unter den Bundesländern und den Regionen Europas einnehmen müsse oder bereits einnehme. Insgesamt standen vier Entschließungsanträge der CDU-Fraktion und zwei der Koalition zur Abstimmung. Die CDU-Anträge wurden abgelehnt, die Anträge von SPD und GRÜNEN angenommen. Das Gemeindefinanzierungsgesetz 1999 sowie das Haushaltsgesetz 1999 wurden entsprechend den Empfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses mit der Mehrheit von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der Opposition verabschiedet. (Ein kurzer Bericht über die Dritte Lesung ist bereits in Heft 21/1998 erschienen)

Dr. Helmut Linssen (CDU), Fraktionsvorsitzender, erklärte, man berate abschließend den ersten Haushalt des vor einem halben Jahr neu gewählten Ministerpräsidenten, der sich habe lösen wollen von der stickigen Staatskanzlei des früheren Ministerpräsidenten Rau, und eigentlich habe alles neu werden sollen in diesem Lande. So sei der Anspruch gewesen. Wo sei die Wirklichkeit? Der Haushalt zeige: alles wie gehabt. Durchwurschtelei wie bisher, nichts von Aufbruch, Lethargie auf der ganzen Ebene. Der Fraktionschef wies darauf hin, daß man 820 000 Arbeitslose im Land habe. Das seien von der Quote her 60 Prozent mehr als in Bayern. Man habe ein Wachstum, das permanent unter dem Bundesdurchschnitt liege. Man habe ein großes Defizit an Selbständigen, an kleinen, an mittleren Unternehmen. Man habe Rieseninvestitionsstaus in den Krankenhäusern, beim Landesstraßenbau, bei den Hochschulen. Als das Traurigste bei dieser Bestandsaufnahme wertete Linssen, daß jungen Menschen geringere Zukunftschancen geboten würden als in anderen Bundesländern. Auch habe man eine schlechtere Polizeiausstattung und eine geringere Aufklärungsquote für Verbrechen als anderswo. Linssen nannte die Arbeitslosigkeit eine Geißel gerade hier in NRW. Deshalb habe der Ministerpräsident zu Recht gesagt: Wenn er keine Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt erreiche, dann sei er zu Recht weg vom Fenster. Deshalb



Bei der letzten Sitzung des vergangenen Jahres: v.l. CDU-Oppositionsführer Dr. Helmut Linssen und SPD-Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Manfred Dammeyer. Fotos: Schälte

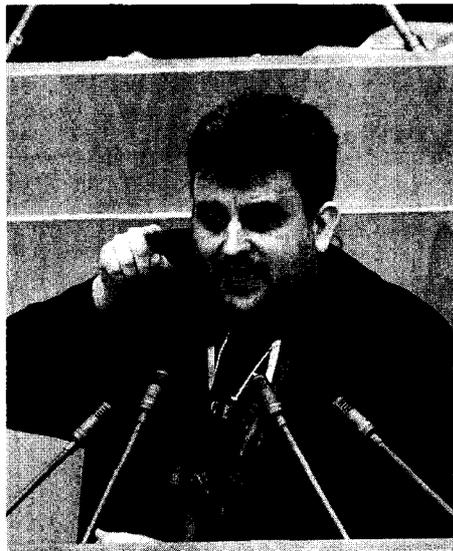
habe er sich in den letzten Wochen mit einem Entlastungsangriff gegen Bonn gewendet. „Manche sprachen vom Stoiber an der Ruhr. Dazu fehlt noch viel.“ Kritisch äußerte sich der Oppositionschef auch zur Steuerpolitik. Da sei das berühmte Spitzengespräch in Bonn gewesen: beim Italiener hätten sich Schröder und Clement getroffen. Jetzt habe man die Hoffnung, daß da irgend etwas von dem durchgesetzt werde, was Clement hier lauthals verkündet habe. „Wie hat er die Ökosteuer bekämpft!“ Er habe immer davon gesprochen, es gehe nur im internationalen Rahmen. Das Ding sei ja sowieso keine Ökosteuer, sondern ein Etikettenschwindel, wie er schlimmer nicht gehe. Zum Umzug der Staatskanzlei ins Stadtort führte Linssen aus, die Modernität sollte Einzug halten in dieses Land. Symbolik sei viel wert in der Politik, wenn sie tatsächlich durchfrage und wenn das Ganze nicht als PR-Gag und zur Sucht nach der schnellen Schlagzeile degeneriere. Das dicke Ende komme, indem man in diesem Haushalt 1999 sage und schreibe 47 Millionen Mark einsetzen müsse für den Umzug dieses Herrn Clement mit seiner Besatzung von der alten Staatskanzlei in das neue Stadtort. „Wir sollen jedes Jahr sieben Millionen Mark aufwenden, damit ‚des Kaisers neue Kleider‘ auch bezahlt werden können.“ Zur Wirtschaftsförderung zählte der CDU-Fraktionsvorsitzende auf, da gebe es den Fall in Medebach. Es handele sich um den Grandorado-Ferienpark. Hier seien 150 Millionen Mark Steuermittel vergraben worden. Das nächste sei das Ökozentrum in Hamm. 100 Millionen Mark seien in den Sand gesetzt worden. Es gebe die Affäre Stolcom. Da seien nur 25 Millionen Mark in den Teich gesetzt worden. Es gebe den Mediapark in Köln: 30 Millionen in den Teich. Da gebe es das Trickfilmzentrum HDO in Oberhausen. Dort seien über 100 Millionen Mark in den Teich gesetzt worden. Das seien zusammen 500 Millionen Mark in der Wirtschaftsförderung, die durch unzureichendes Controlling nicht ordnungsgemäß in den Wirtschaftskreislauf eingefügt worden seien.

Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD) betonte, dies sei tatsächlich der Haushalt in

einem Jahr des Wechsels von vielen Persönlichkeiten auf der einen, zu vielen Persönlichkeiten auf der anderen Seite. Man habe erleben können, wie Ministerpräsident Johannes Rau nach vielen erfolgreichen Jahren als Ministerpräsident „in und für unser Land“ von seinem Amt zurückgetreten sei. „Wir sind ihm für seine Arbeit, die er für dieses Land geleistet hat, sehr dankbar.“ Man habe ferner erlebt, daß Ministerpräsident Wolfgang Clement mit einer ganzen Reihe neuer Initiativen für das Land öffentlich aufgetreten sei. „Wir haben erlebt, wie er dafür in der Bevölkerung Zustimmung gefunden hat.“ Gerade angesichts der Rede, die der Oppositionsführer hier gehalten habe, könne man feststellen: „Das, was diese Landesregierung und wir hier tun, hat ganz offensichtlich die Zustimmung der Bevölkerung.“ Man habe eine neue Bundesregierung und setze auf gute Zusammenarbeit. Klaus Matthiesen sei von seinem Amt zurückgetreten, weil er sich noch so viel vorgenommen habe. Nach wie vor stehe man unter dem Schock, den sein Tod ausgelöst habe. „Wir erkennen, daß das, was er für unser Land in Gang gesetzt hat, Kontinuität hat.“ Zu den Haushaltsplanberatungen sagte der SPD-Fraktionschef, noch in der zweiten Lesung habe die CDU zusätzliche Forderungen in Höhe von 1,3 Milliarden Mark gestellt, ohne einen Deckungsvorschlag für auch nur eine einzige Mark anzubieten. Dem Oppositionsführer warf er vor: „Alles, was Sie wirklich können, ist: Anklagen! Vorwürfe erheben! Hämisches formulieren! — Damit hat sich's. Ende! Schluß! Hängen im Schacht!“ Er unterziehe sich nicht einmal der Mühe, Deckungsvorschläge zu formulieren. „Wir stehen an der Seite von Ministerpräsident Wolfgang Clement und werden seine Politik zur Modernisierung Nordrhein-Westfalens tatkräftig unterstützen.“ Man stehe an der Seite von Bundeskanzler Gerhard Schröder und werde die Bundesregierung „entsprechend unseren Möglichkeiten hier in Nordrhein-Westfalen“ genauso tatkräftig unterstützen. Man stehe zur industriellen Zukunft des Landes. Zu den Attacken des Oppositionsführers gegen den Ministerpräsidenten meinte Dammeyer, das sei der Ausweis dafür, daß er in der Op-

position festgefahren sei. Würde man in seinen Stiefeln stecken, würde man vielleicht ebenfalls versuchen, so etwas wie verbale Befreiungsschläge zu unternehmen, komme man schon in der Sache nicht weiter. Der CDU-Oppositionsführer fordere, daß NRW die Nummer eins unter den deutschen Ländern sein solle und Nummer eins unter den Regionen Europas. „Nordrhein-Westfalen ist Nummer eins, insbesondere, was den Strukturwandel betrifft. Wir sind das auch im Medienbereich.“ Bei der inflationären Aufzählung des Namens des Landes Bayern könne sich die CDU offensichtlich überhaupt nicht vorstellen, daß in diesem Land zukunftssträchtige Entwicklungen stattfänden. „Wir haben es erreicht: Nordrhein-Westfalen gehört nicht nur an die Spitze der deutschen Länder und die Spitze Europas, sondern es ist schon dort.“ Wieder direkt an Linssen gewandt, stellte der SPD-Fraktionsvorsitzende fest: „Man sieht geradezu Ihre trübenden Pupillen, wenn Sie von Nordrhein-Westfalen reden, und Ihre blanken Augen, wenn Sie das Wort ‚Bayern‘ aussprechen dürfen.“ Dabei habe er doch erlebt, daß der Ministerpräsident Bayerns hierhergekommen sei, um zu sehen, welchen Strukturwandel man hier betreibe und welche Perspektiven es hier gebe.

Roland Appel (GRÜNE), Fraktionssprecher, bezeichnete die Realitäten der Jahrtausendwende gegenüber früheren Utopien als eher kleinkariert, aber sie seien sehr nahe. Niemand habe sich in den 60er, 70er und 80er Jahren vorstellen können und wollen, daß eine Bundesregierung wie die letzte die Staatshaushalte und damit den Handlungsrahmen von Demokratie und Sozialstaat derartig gegen Null bringen könnte, indem sie die Haushalte ausplündere und an die Grenze der Steuerungsfähigkeit, zum Teil darunter drücken würde. Das Problem der Politik, aber auch der gesellschaftlichen Diskussion schein ihm deshalb zu sein, daß ein ‚wohin‘ kaum noch artikuliert werde. Doch müßten die dramatischen Haushaltszahlen Anlaß sein, diese Fragen zu stellen: Werde in Zukunft weiterhin nur Krisenmanagement angesagt sein, das sich auf die Ablehnung dessen beschränke, wo man nicht hinsteuern könne, oder gebe es noch Zielentwürfe? „Können wir überhaupt mit Politik noch etwas bewegen?“ fragte der Fraktionssprecher. Er meinte, man bedürfe dringend der Politik, denn die Realität des Machtwechsels in Bonn dürfe nicht in einem „weiter so“ mit anderem Vorzeichen bestehen. Hier sei auch die Landespolitik gefordert, die gesellschaftlichen Impulse für eine Diskussion über den Kurs der Gesellschaft über den Tellerrand hinaus, über notwendige Reformen, die in den nächsten Jahren anstünden, zu geben. Zum Etat sagte Appel, dieser Landshaushalt 1999 sei unter noch schwierigeren Rahmenbedingungen zustande gekommen als der vorherige. Die Steuergeschenke der damaligen Bundesregierung an Abschreibungskünstler und Besserverdienende in den letzten Jahren hätten auch im Landshaushalt zu einem Einbruch der Steuereinnahmen von fast 40 Milliarden Mark über den Zeitraum geführt. Um der Verantwortung des Landes dennoch gerecht zu werden, habe man sich schweren Herzens für zwei Maßnahmen entschieden: erstens eine hohe Nettokreditaufnahme und zweitens eine konsequente, aber mit Augenmaß umgesetzte sozialverträgliche Sparpolitik. Der Landshaushalt



Sprachen für das Regierungsbündnis: v. r. Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) und GRÜNE-Fraktionssprecher Roland Appel.
Fotos: Schälte

wachse 1999 um 2,02 Prozent. Ausgabenwünsche habe man deutlich eingeschränkt. Das sei eine solide Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen. Ohne die Nettokreditaufnahme von 7,24 Milliarden Mark könnte man elementare Landesaufgaben in Schulen und Hochschulen, für Ausbildungsplätze, zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht mehr erfüllen. Hierzu gebe es kurzfristig keine andere Möglichkeit, als die Nettokreditaufnahme hochzusetzen, es sei denn, man wolle den kommenden Generationen untragbar hohe Zinslasten hinterlassen oder sich aus der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik verabschieden.

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) bekräftigte, wenn es um den Haushalt Nordrhein-Westfalens gehe, gehe es um ganz neue Aufgaben, „die uns gestellt sind“. Die entscheidende Aufgabe laute, das Land Nordrhein-Westfalen fit zu machen nicht nur für das nächste Jahr, sondern für diese Zeit, die ja wohl eine Zeitenwende sei, um mit den internationalen Herausforderungen fertig zu werden. Das Land fähig zu machen, heiße nichts anderes als dies an erster Stelle: Die Menschen — zumal die junge Generation — seien soweit wie irgend möglich wieder in Arbeit und Brot zu bringen: Nichts sei wichtiger als diese Aufgabe. Man habe rund vier Millionen offiziell registrierte Arbeitslose. Darunter seien viele, viele tausend junge Leute, unter 25jährige. Es seien viele unter 25, die man heute schon als Langzeitarbeitslose bezeichnen müsse. „Das ist es, was uns nicht zur Ruhe kommen lassen darf und was wir mit aller Kraft bekämpfen werden. Das bekämpfen wir mit aller Kraft sowohl von Bonn aus — demnächst von Berlin aus —, als auch hier mit dem, was uns im Lande gegeben ist. Das ist die allererste Aufgabe.“ Kritik übte Clement am Oppositionsführer. Er habe einen Wettbewerb in politischer Herabsetzung angeboten. Clement wörtlich: „Das muß Ihnen der Neid lassen, Herr Kollege Linssen: Sie haben ein Meisterstück der politischen Herabsetzung gezeigt.“ Herr Kollege Dr. Stoiber habe Nordrhein-Westfalen besucht, und er habe dafür gute Gründe gehabt. Ihm sei völlig klar, daß man ein Land sehr ernst nehmen müsse, das einen solchen Struktur-

wandel bewältige, das eine starke Bevölkerung mit hochklassiger Infrastruktur versorge, das in Telekommunikation und Biotechnologie Spitze sei und das nebenbei Jahr für Jahr Milliarden in den Länderfinanzausgleich stecke. „Ein solches Land hat der Kollege Stoiber besuchen wollen. Er war hier willkommen. Offensichtlich könnten Sie bei ihm Nachhilfe nehmen.“ Zum Umzug in das Stadttor führte der Ministerpräsident aus, der Glaspalast, das heiße das Stadthaus, sei ein wunderbares und ausgezeichnetes Gebäude, es sei von der energetischen Ausstattung und von der architektonischen Ausführung her beispielhaft. Die Miete für dieses Stadttor koste das Land im Schnitt jährlich sieben Millionen Mark. Diesen sieben Millionen Mark stünde ein Einspareffekt von Minimum zehn Millionen Mark entgegen. Das heiße, der Spareffekt betrage drei Millionen Mark jährlich. Rechnungen, wie sie von der Opposition aufgemacht würden, seien nur noch unter amüsanten kameralistischen Umständen zu verstehen. Zum Komplex möglicher unternehmerischer Schwierigkeiten und HDO sagte der Regierungschef: „Herr Linssen, Sie haben wohl gesagt, daß der Verdacht im Ministerium besteht — wahrscheinlich ist wohl das Wirtschaftsministerium gemeint —, es könnte Beihilfe oder Anstiftung zum Subventionsbetrug begangen worden sein. Sie haben die Behauptung in die Welt gesetzt, dort seien Akten manipuliert worden. Sie haben — so habe ich das verstanden — dann gesagt, ich hätte Subventionsbetrug verschleierte.“ Das seien Aussagen, die man eigentlich nur tun könne in der Gewißheit des Schutzes der Immunität. Das sei wirklich politische Verleumdung. Clement versicherte den Mitarbeitern sein absolutes Vertrauen. Im übrigen unterstrich er, es sei doch eine Naivität sondergleichen, zu glauben, irgendeine dieser Entwicklungen im Bereich der Kommunikationsbranche, der Bio- und Gentechnologie, der neuen Verkehrstechniken, der neuen Energietechniken würde aus sich selbst heraus entstehen. Zu HDO ergänzte er, man werde alles tun, um dieses Projekt in eine sichere Zukunft zu bringen. Hier sei wirklich etwas vorhanden, was man schützen müsse, nämlich ein Projekt mit einer Dimension von 100 Millionen Mark öffentlicher Förderung.

Fleischbeschau:

Gesetz für mehr Rechtssicherheit und Verbraucherschutz

In zweiter Lesung hat der Landtag Mitte Dezember vergangenen Jahres das Gesetz über die Kosten der Fleisch- und Geflügel-fleischhygiene (Fleisch- und Geflügel-fleischhygienekostengesetz – FLGFLH KostG NW –) verabschiedet. Dies geschah nach Beratung des von der Landesregierung vorgelegten Gesetzentwurfs (Drs. 12/3154) in Form der Beschlußempfehlung des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz (Drs. 12/3526) mit dem Stimmen von SPD und GRÜNEN und gegen das Votum der CDU.

Horst Steinkühler (SPD) urteilte, das Gesetzesvorhaben stehe sicherlich nicht in der Mitte des politischen Interesses, dennoch sei es wichtig, daß man in diesem Bereich über eine leistungsfähige und effektive staatliche Kontrolle verfüge. Es gebe auch für den Landesgesetzgeber in dieser Angelegenheit nicht viel zu regeln. Aber es sei nötig gewesen, einen Kompromiß zwischen EU-Recht der Pauschalgebühren und dem deutschen Äquivalenzprinzip, das davon ausgehe, daß eine Gebühr in einem direkt zuzuordnenden Verhältnis zur erbrachten Leistung zu stehen habe. Das sei bestmöglich gelungen, urteilte Steinkühler: „Wir schaffen im Rahmen der europa- und bundesrechtlichen Möglichkeiten Rechtssicherheit für die Kommunen, aber auch für die fleischverarbeitenden Betriebe.“ Die gebührenpflichtigen Tatbestände würden über eine Verordnungsermächtigung geregelt. Das sei sinnvoll, müßte doch bei kleineren Änderungen nicht das ganze Gesetz novelliert werden. Mit ihrem Entschließungsantrag forderten die Koalitionsfraktionen die Landesregierung auf, über Erfahrungen und Entwicklungen in anderen Bundesländern dem Landtag zu berichten und selbst zu prüfen, ob die Kommunen in die Lage versetzt werden können, die ihnen übertragenen Aufgaben zu privatisieren.

Eckhard Uhlenberg (CDU) war der Meinung, der Gesetzentwurf verfehle alle drei Ziele: Verbraucherschutz, Rechtssicherheit und Kostenbewußtsein. Seine Fraktion habe schon länger kritisiert, daß jahrelang zu hohe Gebühren im Lande erhoben worden seien; Uhlenberg bezifferte die Summe auf 80 Millionen Mark, die letztlich der Verbraucher gezahlt habe. Der Gesetzentwurf aus dem Landwirtschaftsministerium sei von den Beteiligten als „dilettantische Flickschusterei in der Luft zerrissen worden“, es sei aber trotzdem dem Ministerium nicht gelungen, die größten Fehler auszubügeln, betonte er. Seine Fraktion weise darauf in ihrem Entschließungsantrag hin, der fordere, die kostenpflichtigen Tatbestände im Text zu nennen, die Rückwirkung nicht bis auf 1991, sondern bloß bis 1996 zu erstrecken und die Möglichkeit der Beleihung Dritter im Gesetz ausdrücklich vorzusehen. Wenn das abgelehnt werde, dann entspreche das zwar den Mehrheitsverhältnissen, aber nicht dem Sachverstand.

Silke Mackenthun (GRÜNE) wandte sich den drohenden Rückzahlungen durch die Kommunen zu: Das solle vom Gesetz verhindert werden, weil die 70 bis 80 Millionen auf breiter Front Löcher in die kommunalen Haushalte rissen. Die Frage der Beleihung könne heute noch nicht entschieden werden, erklärte sie, denn hier habe man es mit einem besonders sensiblen Bereich zu tun, in dem es in den letzten Jahren manchen Skandal gegeben habe. Darum sollte vom bewährten Kontrollsystem zugunsten des Beleihungsmodells vorerst nicht abgewichen werden, „nur weil etwas neu ist und vielleicht zukünftig billiger werden könnte“. Es müßten schon ganz konkrete Gründe gegeben sein. Was die kostenpflichtigen Tatbestände angehe, so biete hier auch eine Verordnung genügend Rechtssicherheit und Flexibilität.

Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) sagte, das Gesetz biete in einer schweren Ausgangssituation vor dem Hintergrund einer europäischen Finanzrichtlinie und bei unterschiedlichen Interessen der Beteiligten größtmögliche Rechtssicherheit. Was das Kostenbewußtsein angehe, so habe NRW bundesweit die niedrigsten Gebühren. Wer den Verbraucherschutz hoch ansetze, der könne nicht gleichzeitig das Beleihungsmodell favorisieren, das sei in sich nicht schlüssig, betonte die Ministerin. Die EU-Finanzierungsrichtlinie nannte sie „unsinnig“, aber man könne sich nur im

gesteckten Rahmen bewegen. Sie habe sich mehrmals und vergeblich in Brüssel für eine Änderung eingesetzt, teilte sie mit. Wenn die eines Tages komme, dann sei das Landesgesetz so formuliert, daß man es nicht erneut ändern müsse. Den erreichten hohen Standard beim Verbraucherschutz wolle man hierzulande halten: Es sei besser, daß der Veterinär das Schwein 90 Sekunden anschau, als jene 30 Sekunden, die in anderen Mitgliedsstaaten üblich seien. In anderen Bundesländern gebe es die Möglichkeit der Beleihung, nur sei sie bisher nicht umgesetzt worden. Der Entwurf stelle eine ausgewogene Regelung dar; er entspreche in vielem den Wünschen der betroffenen Verbände, vor allem der kommunalen Spitzenverbände. Was Verbraucherschutz und Rechtssicherheit angehe, so sei die gefundene Lösung optimal.

Eckhard Uhlenberg (CDU) führte die niedrigeren Gebühren im Lande auf die günstigere Struktur der Schlachthöfe an Rhein und Ruhr zurück. Wer hier mit einer Politik der Gründung vieler kleiner Schlachthöfe arbeite, der Sorge für steigende Gebühren in den nächsten Jahren. Es wäre sinnvoll gewesen, in Sachen Beleihung wenigstens Modellversuche im Lande zu erlauben, um Erfahrungen zu sammeln. Wer von Verbraucherschutz rede, der dürfe in Brüssel nicht einknicken, wenn dort das bisher bestehende Exportverbot für britisches Rindfleisch gelockert werde, stellte Uhlenberg fest.

Wahltermine

In einem gemeinsamen Antrag haben die drei Landtagsfraktionen SPD, CDU und GRÜNE (Drs. 12/3571) angeregt, einen einheitlichen Wahltermin für die Ausländerbeiratswahlen in diesem Jahr zu ermöglichen. Nach kurzer Beratung wurde der Antrag Mitte Dezember vergangenen Jahres vom Plenum des Landtags einstimmig angenommen.

Vera Dedanwala (SPD) teilte mit, die Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte habe die Fraktionen des Landtags um Unterstützung dafür gebeten, daß die Ausländerbeiratswahlen am gleichen Tag wie die Kommunalwahl, nämlich am 12. September 1999, durchgeführt werden können. Für die Kommunen sei es sicher sehr schwierig, beide Wahlen nebeneinander zu organisieren, erklärte sie. Für die Ausländerinnen und Ausländer im Land habe der gemeinsame Wahltermin den Vorteil, daß die Mobilisierung im Vorfeld der Kommunalwahl ausgenutzt werden könne, um eine höhere Wahlbeteiligung zu erreichen. Zudem sei es sehr positiv, wenn die gewählten Mitglieder der Beiräte nach der Kommunalwahl rasch als sachkundige Bürger in die Fachausschüsse der Räte entsandt werden können.

Willi Zylajew (CDU) stimmte zu, daß eine bessere Wahlbeteiligung zu den Ausländerbeiräten erstrebenswert sei. Die habe bei der letzten Wahl im März 1995 zwischen enttäuschenden 12,1 (Bonn) und guten 53 Prozent (Oelde) gelegen. Dies Ziel sei sicher mit einer geschickten Terminierung der Wahl zu erreichen, darum sei ein

gemeinsamer Wahlsonntag für die Kommunalwahl und die Ausländerbeiratswahl der richtige Weg. Die Beteiligung an der Wahl sei auch ein Zeichen für die Integrationsbereitschaft der ausländischen Mitbürger, fuhr er fort und wertete es als außerordentlich positiv, daß man in dieser Angelegenheit im Landtag zu einem gemeinsamen Votum gekommen sei.

Christiane Bainski (GRÜNE) regte an, über die Signalwirkung des gemeinsamen Wahltermins hinaus in den Parteien – nicht nur bei den GRÜNEN – in die Listen zur Kommunalwahl oder in den Wahlbezirken mehr Kandidatinnen und Kandidaten aufzunehmen, „die durch ihre Staatsbürgerschaft, aber auch mit Migrationshintergrund versehen, in die Parlamente einziehen könnten“. Alle drei Fraktionen hätten in der Zusammenarbeit mit den Ausländerbeiräten gute Erfahrungen gesammelt. Der Vorschlag der Zusammenlegung der Wahlen sei das mindeste, „was wir zur Fortsetzung dieser guten Zusammenarbeit tun können“.

Innen- und Justizminister Dr. Fritz Behrens (SPD) teilte mit, inzwischen gebe es in 140 Gemeinden des Landes Ausländerbeiräte. Die kommunalen Spitzenverbände fürchteten bei einer Zusammenlegung organisatorische Schwierigkeiten, die man nicht gering schätzen sollte, wie der Minister anfügte, denn der administrative Aufwand werde diesmal durch die Urwahl der hauptamtlichen Bürgermeister und hauptamtlichen Landräte noch verstärkt. Behrens: „Die gleichzeitige Durchführung der Ausländerbeiratswahlen erleichtert diese Situation sicher nicht.“ Die Probleme seien jedoch seiner Einschätzung nach nicht unüberwindbar.

Erwin Siekmann (SPD) erläuterte die vom Haushaltsausschuß verabschiedeten Änderungen: keine unterschiedlichen Reisekostenstufen mehr, einheitliche Tagegelder, keine Unterschiede bei Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Kosten für Dienstfahrten mit Privatwagen würden angemessener erstattet. Mit der Parkraumbewirtschaftung habe sich die Koalition außer einem Beitrag zum Umweltschutz auch einen Finanzierungsbeitrag für den ÖPNV erhofft, sehe jedoch nach intensiven Gesprächen mit den Berufsverbänden freiwillige Lösungen jetzt als besser dienlich an. Nach der Änderung werde nun kein Sonderopfer mehr vom öffentlichen Dienst verlangt. Job-Ticket-Inhaber brauchten keine Parkplatzgebühr zu zahlen. Diese entfalle auch aus anderen Gründen und dürfe nur mit Zustimmung des Personalrats erhoben werden. Für die Abgeordneten erhalte der Landtagspräsident einen Prüfauftrag.

Oliver Wittke (CDU) hielt das Vorgehen der SPD für einen Eiertanz ohnegleichen und den Gesetzentwurf für wirklichkeitsfremd, finanzpolitisch unsolid und nicht durchdacht. Dienstfahrten würden massiv erschwert. Kostenlose Parkplätze wirkten als geldwerter Vorteil weit über den Wirkungsbereich der Landesverwaltung hinaus. Ansehensverluste und Verunsicherung vor Ort hätten allen Betroffenen erspart werden sollen. Jetzt gebe es nur noch eine Nullnummer. Die Kann-Vorschrift bewirke nichts. Die GRÜNEN seien über den Tisch gezogen worden. Die CDU freue sich, daß das Vorhaben gescheitert sei. Ihr gehe es um Akzeptanz für Jobtickets und Berücksichtigung örtlicher Besonderheiten. Die Koalition sei nicht handlungsfähig, wie aus einem gemeinsamen rot-grünen, einem roten und einem grünen Entschließungsantrag ersichtlich.

Peter Eichenseher (GRÜNE) räumte ein, ein Glanzlicht setze das Parlament sich nicht, und hielt die ursprüngliche Fassung für besser. Die Angst vor Finanzbehörden wegen eines geldwerten Vorteils sei völlig unbegründet. Die überfällige Anpassung bei Reisekosten müsse weiter überprüft werden. Über die Parkraumbewirtschaftung im Landtag solle ohne Fraktionszwang abgestimmt werden.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) äußerte sich zufrieden darüber, daß das Gesetz zum Jahresbeginn in Kraft trete, denn die Reisekosten-Erstattung werde erheblich modernisiert.



Unerwartete Probleme bei der Parkraumbewirtschaftung an Landesbehörden, v.l. Erwin Siekmann (SPD), Oliver Wittke (CDU).

Vorbehalte gegen ÖPNV bei Bediensteten

Nach zähem Ringen Kann-Vorschrift zu Jobticket und Behörden-Stellplätzen

Per Hammelsprung ließ Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) über die SPD-Entschließung (Drs. 12/3593) zum Gesetzentwurf über Neuregelungen bei Landesreise- und -umzugskosten und bei der Parkraumüberlassung bei Landesbehörden abstimmen. Die Auszählung an den Türen für „Ja“, „Nein“ und „Enthaltung“ ergab die Annahme des SPD-Antrags mit 90 gegen 75 Stimmen. Danach gilt das Gesetz zur Überlassung von Stellplätzen bei Landesbehörden auch für den NRW-Landtag, und Landtagspräsident Ulrich Schmidt wurde aufgefordert, in Abstimmung mit den Bediensteten des Landtags sowie den Mitarbeitern der Fraktionen und der Abgeordneten bis zum Sommer 1999 ein Konzept zu erstellen. Die Abgeordneten würden einer in diesem Einvernehmen getroffenen Vereinbarung folgen, heißt es in der SPD-Entschließung. Ein GRÜNE-Antrag (Drs. 12/3607), wonach Jobticket und Parkraumbewirtschaftung im NRW-Landtag eingeführt und die Abgeordneten generell einbezogen werden sollten, wurde abgelehnt. Die gemeinsame Entschließung von SPD und GRÜNEN „Umsetzung von Stellplatzbewirtschaftung und Jobticket im Land unterstützen“ (Drs. 12/3593) und schließlich der Gesetzentwurf mit den vom Haushaltsausschuß empfohlenen Änderungen (Drs. 12/3594) wurden angenommen.



Seltenes Ereignis: Durch Hammelsprung stellte das Landtagspräsidium die Abstimmungsmehrheit bei Neuregelungen zur Parkraumbewirtschaftung in Landesbehörden fest, l. Schriftführerin Erika Rothstein (SPD) beim Zählen an der „Ja“-Tür, hier auch der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion Edgar Moron; bei „Enthaltung“ v. l. Karin Hussing (CDU), Gerd-Peter Wolf und Hans-Dieter Moritz (beide SPD), Dr. Horst Berghoff (Justiziar der SPD-Fraktion), Heinz Hardt, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion. Foto: Schälte

„Mit der Neuregelung des Landesreisekostengesetzes wird ein wichtiges verkehrspolitisches Ziel des Landtags und der Landesregierung — die Mobilität sichern und gleichzeitig die Auswirkungen auf die Umwelt reduzieren — weiterverfolgt. Die Möglichkeit der Dienststellen, in enger Kooperation mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Jobtickets bereitzustellen, die gleichzeitig als Berechtigung zum Parken von Privatfahrzeugen gelten, ist aus verkehrspolitischer Sicht sehr zu begrüßen. Jobtickets und Stellplatzbewirtschaftung sind wichtige Instrumente für eine gesicherte und nachhaltige Mobilität für die Beschäftigten des Landes sowie für eine umwelt- und sozialverträgliche Gestaltung des Verkehrs. Jobtickets leisten darüber hinaus einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung und Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs.

Bei den betroffenen Dienststellen, den

Personalräten und den einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern müssen Informationsdefizite und Vorbehalte abgebaut werden ... Ein wesentlicher Grund für Vorbehalte von Beschäftigten und Personalvertretungen ist die ungenügende Information über die Angebote der Öffentlichen Verkehrsunternehmen. Ebenso scheinen bei der Vermittlung der Ziele der Landesregierung Defizite zu bestehen, die es auszuräumen gilt.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ... eine unterstützende praxisnahe Informationsbroschüre kurzfristig zu erarbeiten ... sowie Ansprechpartner für alle Vertragsparteien (Dienststellenleitung, Personalvertretung, Verkehrsbetriebe) zu benennen. Beispielhaft soll die Landesregierung zwei Umsetzungskonzepte (aus dem ländlichen Raum und aus dem Ballungsraum) unterstützen und begleiten.“

(Auszug aus dem SPD-/GRÜNE-Antrag Drs. 12/3593 vom 9.12.1998)

Änderung der Finanzgerichtsordnung

Der Landtag verabschiedete in 2. und 3. Lesung das 2. Änderungsgesetz zur Ausföhrung der Finanzgerichtsordnung NRW (Drs. 12/3407, 12/3545). Die 3. Lesung hatte die CDU-Fraktion beantragt, damit der Landtag ein Urteil des Verfassungsgerichtshofs berücksichtigen könne. Durch die Gesetzesänderung wird die Zuständigkeit der Finanzgerichte der Neuordnung der Oberfinanzdirektionen angepaßt. „Der Justizminister“ wird ersetzt durch „die für diesen Geschäftsbereich zuständige oberste Landesbehörde“. Weil die Zusammenlegung der Ressorts Innen und Justiz bei den Fraktionen der CDU und der GRÜNEN umstritten ist und Ministerpräsident Wolfgang Clement bis zum Urteil des Verfassungsgerichts über die Rechtmäßigkeit der Zusammenlegung den Vollzug ausgesetzt hat, kritisierte die Opposition diese Änderung der Finanzgerichtsordnung.

Robert Krumbein (SPD) erinnerte an die Neuordnung der Zuständigkeiten der Ober-



Gegen das Begehren der Opposition: eine Organisationsänderung vor dem Spruch des Verfassungsgerichts zur Zusammenlegung der Ressorts Innen und Justiz, v.l. Robert Krumbein (SPD), Maria Theresia Opladen (CDU), Christiane Bainski (GRÜNE), Minister Dr. Fritz Behrens (SPD).
Fotos: Schälte

Besoldung der Direktoren der Landwirtschaftskammern abgesenkt

Den Änderungsentwurf der Landesregierung zum Landesbesoldungsgesetz (Drs. 12/2928) nahm der Landtag am 16. Dezember in dritter Lesung an. Damit wurden die Bezüge einiger höherer Landesbeamter abgesenkt.

Robert Krumbein (SPD) dankte dem Finanzministerium für fachlichen Rat bei sachgerechten Absenkungen der Besoldung höherer Beamter. Organisationsuntersuchungen seien besser als Rasenmäher. Bei den Landwirtschaftskammern habe sich das Personal trotz Bedeutungswandel der Landwirtschaft von 1963 bis 1993 vermehrt. Nun schlugen Gutachter Personaleinsparungen um 20 Prozent vor. In B 7 verblieben nur noch die Landesbeauftragte für Denkmalschutz und der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Düsseldorf.

finanzdirektionen durch den früheren Bundesfinanzminister und an die Organklage der CDU wegen der Zusammenlegung der Ressorts Innen und Justiz, die allerdings nur auf Verletzung der Rechte des Landtags abstelle. Das Landesorganisationsgesetz ordne aber Zuständigkeiten den Entscheidungen des Ministerpräsidenten zu. Die CDU-Argumentation sei deshalb peinlich. Ihr erster Gutachter habe die Zusammenlegung auch nicht für bedenklich gehalten.

Maria Theresia Opladen (CDU) erklärte, durch die Zusammenlegung der Ressorts habe der Ministerpräsident das Recht des Landtags verletzt und die Grenze der administrativen Organisationsgewalt überschritten. Die GRÜNEN hätten die Klage nicht verstanden oder verstehen wollen. Sie begrüßten die Klage, hielten aber still und hülften bei der Umsetzung. Clement habe bis zum Urteil auf Fakten-Schaffen verzichtet. Dennoch fühlten sich die Regierungsfaktionen daran nicht gebunden. Eine seltene Einigkeit bei allen Fachleuten der Justiz habe die Kritik erwiesen. Der Organisationserlaß stehe auf tönernen Füßen und bleibe im Streit. Es gäbe keinen Stillstand der Rechtspflege, wenn das Urteil abgewartet würde.

Aber die Koalitionsfraktionen wollten Mehrheiten demonstrieren. Ganz schön hektisch versuchten sie, hilfreiche Fakten für das Verfahren zu schaffen.

Christiane Bainski (GRÜNE) wünschte der Klage Erfolg, hielt aber die Änderung der Finanzgerichtsordnung für eine sinnvolle organisationsrechtliche Maßnahme, die nicht angehalten zu werden brauche. Die Zusammenlegung der Ressorts habe mit Ethik und Moral in Politik zu tun. Verfassungsrecht sei verletzt worden.

Innen- und Justizminister Dr. Fritz Behrens (SPD) hoffte auf die absolute Mehrheit der SPD im Jahr 2000 und berief sich auf den ehemaligen Präsidenten des Bundesverwaltungsgerichts, der die Ansicht der CDU nicht teile. Bei der Gesetzesänderung gehe es nur um seine neue Amtsbezeichnung. Weitere Vollziehungsmaßnahmen gebe es nicht.

Robert Krumbein (SPD) äußerte bei der 3. Lesung am folgenden Tag Unverständnis, daß die CDU sich weigere, Realitäten anzuerkennen.

Tanja Brakensiek (CDU) begründete die von ihrer Fraktion beantragte 3. Lesung damit, es stehe zuviel auf dem Spiel. Während der Verfassungsgerichtshof noch berate, schaffe der Landtag Fakten. Die Landesregierung hätte den Gesetzentwurf zurückziehen müssen. Die SPD peitsche die Gesetzesänderung durch nach dem Motto „Augen zu und durch!“ Die GRÜNEN sollten sich nicht verschaukeln lassen.

Christiane Bainski (GRÜNE) antwortete, man müsse auch einmal mit Widersprüchen leben. Die Zusammenlegung werde von den GRÜNEN abgelehnt, der Gesetzesänderung, die nur Zuständigkeiten regele, aber zugestimmt.

Zahlungsmoral

Rechnungen für Baumaßnahmen des Landes würden von den 28 Staatlichen Bauämtern beglichen. Darauf verweist der Minister für Bauen und Wohnen, Dr. Michael Vesper (GRÜNE), in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Bernhard Tenhumberg. Er fährt fort, eine von allen Staatlichen Bauämtern geführte Statistik über das Zahlungsverhalten und die konkrete Behandlung einzelnen eingegangener Rechnungen existiere wegen des damit verbundenen unverhältnismäßig großen Verwaltungsaufwandes nicht. Stichprobenartige Erhebungen in einzelnen Staatlichen Bauämtern hätten folgendes Ergebnis gebracht: Die Abschlagszahlungen würden durchschnittlich zu 78 Prozent innerhalb der Frist (18 Werktagen) gemäß der Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB) geleistet. Schlußzahlungen zu 88 Prozent fristgerecht innerhalb von zwei Monaten beglichen. Unstreitig feststehende Guthaben würden dabei in der Regel kurzfristig als Abschlag gezahlt. Der Minister wehrte sich mit seiner Aussage gegen das von Tenhumberg angeführte Umfrageergebnis des Betriebswirtschaftlichen Institutes der Bauindustrie unter den Mitgliedsbetrieben der Wirtschaftsvereinigung Bauindustrie NRW, wonach die öffentlichen Auftraggeber die mit Abstand schlechtesten Zahler seien (Drs. 12/3527).

Eckhard Uhlenberg (CDU) lehnte die Änderung ab, weil die Gründe für die Herabstufung der Direktoren der Landwirtschaftskammern nicht erklärt würden, was alle Fraktionen verlangt hätten. Es handele sich um den Kampf der Umweltministerin gegen die Kammern, insbesondere Westfalen-Lippe. Die frühere SPD-Fraktionsspitze habe B 7 für angemessen gehalten, zunächst auch die Ministerin bei der Ausschreibung.

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) befand, es werde eine kostenneutrale Anpassung an Bundesrecht vorgenommen. Die CDU habe zugestimmt bis zur vorletzten Ausschußsitzung und hänge nun Klientelpolitik heraus. Er hätte sich noch mehr Absenkungen bei Behördenleitungen gewünscht. Alle Positionen ab B 3 aufwärts sollten überprüft werden. Solche Einsparungen seien besser, als Stellen zu streichen.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) sagte, Abstufungen nach Gusto fänden nicht statt. Wenn alles nach unten befördert werde, müsse man sich um vernünftiges Personal kümmern. Nach sachlichen Gründen seien 323 Stellen bei 2 078 eingespart worden.

Verkehrsausschuß

NRW-Ticket kommt

In der von Manfred Hemmer (SPD) geleiteten Sitzung des Verkehrsausschusses am 14. Januar berichtete Staatssekretär Joachim Westermann unter anderem über Anschlußstrecken für NRW-Autobahnen in den Niederlanden, über die Einführung des NRW-Tarifs im gesamten Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), über den Sachstand beim Güterverkehrskonzept und bei Streckenübergaben durch die Deutsche Bahn AG, über Verspätungen bei der DB AG und über die Obere Ruhrtalbahn.

Zum Lückenschluß der Autobahnen A 61 und A 74 in den Niederlanden berichtete Westermann, die niederländische Verkehrsministerin habe im Oktober 1998 den Aufschub einiger Projekte aus finanziellen Gründen mitgeteilt. Heftige Proteste, das Einschalten von Minister Steinbrück und ein eigenes Planungskonzept der Provinz Limburg hätten jedoch Erfolg gehabt, so daß die Vorprüfungen zur Linienbestimmung nun weitgehend abgeschlossen seien. Über den von den Niederlanden gedeckelten Kostenrahmen müsse weiter verhandelt werden.

Der Wille zur Einführung des „NRW-Ticket“, das (als Fernziel) flächendeckend in ganz Nordrhein-Westfalen in allen öffentlichen Verkehrsmitteln und bei allen Verkehrsträgern gültig sein soll, sei vorhanden, sagte der Staatssekretär, die Umsetzung jedoch sehr schwierig. Zur Zeit gebe es Verbundtarife mit Einbezug der Deutschen Bahn, jedoch noch nicht in allen Verbänden. Der nächste Schritt seien Einheitstarife in ganz NRW. Fern- und Nahverkehr sollten verbunden werden durch einen Aufschlag für den örtlichen Nahverkehr am Zielort, wobei an zwei oder drei Mark für Erwachsene gedacht sei. Weiter gehe es um den Verbund mit dem Nahverkehr am Startort und mit stark frequentierten Bahnhöfen in Nachbarländern. Es gebe Schwierigkeiten bei der Abrechnung, bei der Aufteilung der Einnahmen. Die Einführungsfrist sei deshalb verlängert worden bis 1999/2000.

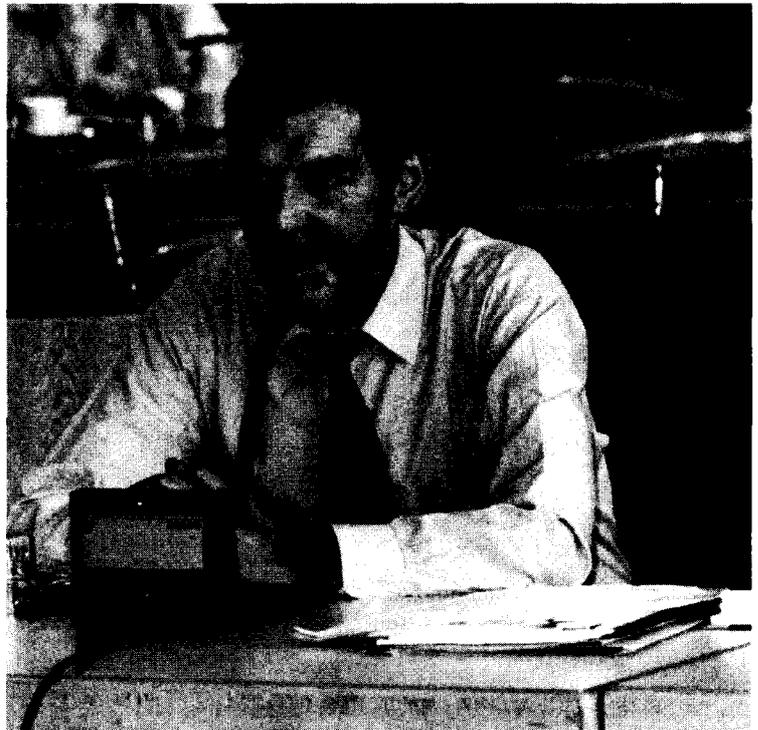
In der Aussprache schnitt Günter Langen (CDU) das Problem von beträchtlichen Preiserhöhungen beim ÖPNV durch die neue Ökosteuer an und berichtete, nur in zwei EU-Mitgliedsstaaten seien die öffentlichen Verkehrsbetriebe nicht von Energiesteuern befreit. Peter Eichenseher (GRÜNE) äußerte sich enttäuscht über die Verzögerung und fragte detailliert nach Tarifierungsverlusten und nach der Akzeptanz der BahnCard im Verbundtarif. Das Verkehrsministerium könne nur moderieren, wurde geantwortet, die Tarifhoheit liege ausschließlich bei den Unternehmen. Als einzige Sanktion bei nicht rechtzeitiger Einführung könne die für Kooperation der Verbände vorgesehene eine Million Mark teilweise zurückgefordert werden, erklärte Westermann. Nach Fragen von Gerhard Wächter (CDU) nach rückläufigen ÖPNV-Nutzer-Zahlen stellte Heinz Hunger (SPD) fest, Bielefeld habe Fahrgaststeigerungen nach Ausbau des zügigen Stadtbahnsystems und Taktverkehr zu verzeichnen. Helmut Harbich (CDU) wies auf Verlustbilanzen anderswo hin und mahnte zu Vorsicht, auch im Hinblick auf den bedrohten (steuerlichen) Querverbund. Westermann antwortete, beim NRW-Ticket handele es sich um Verkehrspolitik für die Zukunft, die teuer, aber unerlässlich sei. (wird fortgesetzt)

Gruppenleiter Wirtschaftsförderung als Zeuge Millionen für HDO auf Umwegen

„Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß II, der sich mit der Landesförderung des Trickfilmzentrums HDO in Oberhausen befaßt, vernahm am 13. Januar den Leitenden Ministerialrat Klaus-Dieter Schulz (56) vom Wirtschaftsministerium. Vorsitzender Laurenz Meyer (CDU) hatte dafür eine ganztägige Sitzung anberaumt.

Schulz, seit 1977 im NRW-Wirtschaftsministerium, seit 1993 als Gruppenleiter für Wirtschaftsförderung, Beteiligungsgarantien und Bürgschaften zuständig, gab an, mit HDO Anfang 1998 besonders befaßt gewesen zu sein, als er als Vorsitzender des Bürgschaftsausschusses über einen Bürgschaftsantrag zu entscheiden hatte. Bei der HDO-Förderung sei es um Mittel aus dem Sonderprogramm für Strukturwandel in Montanregionen der Gemeinschaftsaufgabe (Bund und Länder) gegangen. Im November 1997 seien bei HDO erneut Liquiditätsprobleme aufgetaucht. Die Rechtsgrundlage für eine Landesbürgschaft sei im Frühjahr 1998 entfallen gewesen.

Leitender Ministerialrat Klaus-Dieter Schulz wurde vom HDO-Untersuchungsausschuß des Landtags über die Gewährung von Landesförderung für das Oberhausener Trickfilmzentrum vernommen. Schulz, seit 1977 im NRW-Wirtschaftsministerium, ist seit fünf Jahren als Gruppenleiter für Wirtschaftsförderung, Förderfinanzierung, Beteiligungsgarantien und Bürgschaftsgewährung des Landes verantwortlich. Über die Tragfähigkeit des HDO-Projekts hatte er nicht zu entscheiden.
Foto: Schälte



Vom Einbau von HDTV-Technik in der „Arena“ beim Einkaufszentrum der Neuen Mitte Oberhausen (NMO) hätten sich die Politiker Synergieeffekte versprochen: Folgeaufträge für das Trickfilmzentrum HDO. „Wir haben alles andere als ein Einkaufszentrum fördern wollen“, sagte Schulz und berichtete von zusätzlich eingebauter, „HDTV-spezifischer“ Technik, die das Ministerium für dem Förderzweck entsprechend gehalten habe. Erst später sei ihm bewußt geworden, daß elf Millionen Mark für eine Videowand in der „Oase“ der Neuen Mitte Oberhausen ausgegeben worden seien. Damals habe das keiner erkannt. Vorsitzender Meyer stellte fest, 20 Millionen Mark seien für Sekundäreffekte eingesetzt worden. Zu Fragen von Christian Weisbrich (CDU) nach dem Eigenkapital für die HDO-Investition erläuterte Schulz, um 80 Prozent Fördermittel zu erhalten, müßten 20 Prozent

des Investitionsvolumens aufgebracht werden. Die Investoren hätten sich „mit der Darstellung der Eigenmittel schwergetan“. In der Anfangsphase solcher Innovationen müsse man perspektivisch denken. „Bilanzmaßnahmen“ aus konkursrechtlichen Gründen seien üblich, um eine buchmäßige Überschuldung auszugleichen. Die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Vorhabens hätten die Banken zu prüfen gehabt.

Für den Zinsverlust durch eine zu früh abgerufene Tranche seien 394 000 Mark zurückgezahlt worden, teilte Schulz dem Untersuchungsausschuß auf weitere Fragen mit. 1995 seien 50 Millionen Mark Fördermittel vom Bund und vom Land nach

Oberhausen geflossen. Davon hätten, so hielt ihm der Ausschußvorsitzende vor, laut Vermerken der Stadtparkasse Oberhausen, HDO nur 15 Millionen Mark zugestanden. Die Differenz von 35 Millionen Mark seien als Festgeld angelegt worden. Die Zinseinkünfte hätten sich HDO und eine Elektronikfirma geteilt. Wenn das zutreffe, handele es sich um eine ungerechtfertigte Bereicherung, meinte Schulz.

Vor der Mittagspause erkundigte sich Karin Jung (SPD) nach der Philosophie des „Chefförderers“ bei Unternehmensgründungen ohne Eigenmittel. Schulz antwortete, von diesem Projekt seien alle Beteiligten fasziniert gewesen. Als die verzweifelte Suche nach Geld erfolglos geblieben sei, sei man auf die Darlehensvariante verfallen. Auch bei (kommunalen) Technologiezentren müßten sinnvolle Projekte auf diese Weise tragfähig gemacht werden.

Abschiedsbesuch

Der bisherige mongolische Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, Luvsanjamtsin Udval (l.), ist von Landtagspräsident Ulrich Schmidt (M.) zu einem Abschiedsbesuch empfangen worden. An dem Empfang nahmen auch der Minister im Bundeskanzleramt und frühere nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister sowie Landtagsabgeordnete Bodo Hombach (SPD) aus Mülheim an der Ruhr (2. v. l.) sowie der Direktor beim Landtag, Professor Heinrich A. Große-Sender (r.) teil. Udval kehrt in die Mongolei zurück.

Foto: Schälte

CDU traf sich mit Bund der Vertriebenen

Auf Einladung der CDU-Fraktion fand ein Treffen mit dem Bund der Vertriebenen, Landesverband Nordrhein-Westfalen, statt. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die Landesförderung für Kultureinrichtungen und die kulturelle Breitenarbeit nach Paragraph 96 BVFG. Das Bild unten zeigt v. l.: die CDU-Abgeordneten Oliver Wittke, Helmut Harbich, Jutta Appelt, Heinrich Meyers, Dr. Hans-Ulrich Klose, Georg Gregull, Renate Brunswicker, Willi Zylajew und vom Bund der Vertriebenen den stellvertretenden Landesvorsitzenden Hans-Joachim Muschiol und Landesgeschäftsführer Markus Patzke und den Landesvorsitzenden Hans-Günther Parplies sowie den CDU-Abgeordneten Hermann-Josef Arentz.



Personale

Dr. Franz-Josef Antwerpes, Regierungspräsident in Köln, will mit dem Erreichen der Altersgrenze aus dem Dienst ausscheiden. Antwerpes wird am 27. November 65 Jahre alt. Seine Ankündigung hat überrascht, weil vermutet wurde, der dienstälteste Regierungspräsident werde bis nach der Landtagswahl im Jahr 2000 im Amt bleiben, um eine reibungslose Nachfolge zu ermöglichen. Laut Zeitungsberichten ist neben dem Kölner Polizeipräsidenten **Jürgen Roters** und dem Oberkreisdirektor des Oberbergischen Kreises, **Heinrich Rohr** (SPD), auch der SPD-Landtagsabgeordnete und Mitglied des Fraktionsvorstandes **Hans Krings** als Nachfolger im Gespräch. Franz-Josef Antwerpes gehörte als SPD-Abgeordneter vom 26. Juli 1970 bis zum 17. April 1978 dem Landtag an. In der achten Wahlperiode war er vom 5. Mai 1975 bis zum 1. April 1978 stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Er schied 1978 wegen der Amtsübernahme als Regierungspräsident vorzeitig aus dem Landesparlament aus.



Literatur

Gerd Ruges „Sibirisches Tagebuch“ ist mehr als eine Reportage

Blick in ein unbekanntes Land

Gerd Ruges „Sibirisches Tagebuch“ vermittelt uns Westlern einen unverstellten Blick in ein fernes Land, das selbst von Moskau aus noch acht Flugstunden entfernt ist. Es ist ein ungemein reiches Land, reich an Bodenschätzen, die zu heben aber meist das Geld fehlt. Denn der überhitzte Kapitalismus, der die Hauptstadtregion Moskau kennzeichnet, ist bis in den fernen Osten nicht vorgeedrungen. Die Menschen müssen noch weitgehend unter zum Teil einfachsten Bedingungen in ihrem Leben zurechtkommen. Aber gerade diese Menschen haben den Fernsehjournalisten und Autor Ruge interessiert: Wie sie die Probleme der Armut angehen, was sie sich von der Zukunft erhoffen. Denn Sibirien ist zwar eine Region weit weg von der westlichen Interessenssphäre, aber wie auch das gesamte Rußland allein wegen seiner immensen Größe und seiner nicht ausgeschöpften Potenz in wirtschaftlicher und weltpolitischer Sicht von voraussehbarer Relevanz für uns und das Europa der Union.

Gerd Ruge hat mit seiner Frau, einem Kameramann und einem Assistenten Sibirien von Süden nach Norden durchquert, von der Grenze Chinas zum Eismeer. Wie sehr sich die Verhältnisse seit dem Ende der Sowjetunion geändert haben, beschreibt er in einem Nebensatz. Begleitet von zwei Grenzschutzoffizieren versucht die Reisegesellschaft Plätze in der Transsibirischen Eisenbahn zu ergattern. Aber das ist nicht mehr so einfach. Ruge wörtlich: „Früher wäre ein Grenzschutzoberst flott nach vorne marschiert. Jetzt mauern und meckern die Leute.“ Bei der Reise durch die Republik Sacha-Jakutien, die allein zehnmal so groß wie Deutschland ist, läßt Ruge Leute wie Eisenbahner oder eine Schaffnerin oder Mitfahrer zur Sprache kommen. Bei vielen ist die Rückkehr in das westliche Rußland Ziel der

Träume. Es gibt aber auch andere, die die Chancen im fernen Osten wahrnehmen wollen, die positiven Ansätze sehen. Vor allem auch in einer manchmal noch zögerlichen, aber dennoch stetigen demokratischen Entwicklung. In vielen Aussagen wird deutlich, daß selbst Tatbestände, die die persönliche Lebenshaltung akut betreffen, wie zum Beispiel das Ausbleiben der Gehälter, die Zuneigung, ja die Liebe zu dem weiten, oft noch unberührten Land nicht schmälern. Eine Lehrerin, die in Bayern gewesen war, stellt fest: Die Natur ist sauber. Die Luft ist gut, anders als in München.

Gerd Ruge hat seine Reise nicht nur mit der Bahn oder dem Geländebus unternommen, sondern auch auf Flüssen. Am Amur begann die Route. Später geht es über die Lena weiter, über den Wilui, einen 2500 Kilometer langen Nebenfluß der Lena: Landschaften, Menschen, Begegnungen mit unterschiedlichsten Berufen und Charakteren, vom Gouverneur über Kleinbauern, einen Schamanen bis zu Jägern und Fischern an den großen Strömen. Der Autor regt auf sehr sensible Weise seine Gesprächspartner zu Analysen der eigenen Situation an. Ruge stellt sich am Ende die Frage, wie die Menschen in Jakutien, ja in Rußland mit ihrer Lage fertig werden. Er kommt zu der Erkenntnis, das Leben bleibe für viele erträglich, weil man in Dörfern und kleineren Orten auf Wirtschaftsformen zurückgreife, die aus vor-sowjetischer, aus vor-moderner Zeit zu stammen schienen. Dazu gehörten häusliche Selbstversorgung und gegenseitige Hilfe. Wer sich hierzulande an die Nachkriegsjahre erinnert, wird behalten haben, wie sehr gerade Not gegenseitige Hilfe zur Tugend macht.

e. h.

(Gerd Ruge, *Sibirisches Tagebuch*, Berlin Verlag, geb., 288 Seiten, 39,80 DM)

Neue Mitglieder

Mit dem Ausscheiden der GRÜNEN-Sprecherin Gisela Nacken steht der 12. Landtag Nordrhein-Westfalen vor seiner 27. personellen Veränderung in dieser Wahlperiode. Nackens Fraktion erfährt derzeit, daß unter Umständen diese Rasanz nicht ohne Schwierigkeiten abläuft: Die Landesreserve der GRÜNEN, die bisher schon sechsmal für sogenannte „Nachrücker“ erhalten mußte, neigt sich dem Ende zu. Sie umfaßt 36 Namen, von denen 33 bereits ausgeschöpft sind. Grund für diese Entwicklung ist allerdings nicht allein die Fluktuation in der Fraktion, sondern sind vor allem die Wählerinnen und Wähler bei der letzten Landtagswahl: Sie entsandten 24 Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ins Parlament – alle, da sie keinen Wahlkreis direkt gewannen, über die für diese Wahl aufgestellte Landesliste.

Anlaß für personelle Veränderungen bot die Bundestagswahl Ende September vergangenen Jahres. Drei Parlamentarier des nordrhein-westfälischen Landtags wechselten nach Bonn: Von der SPD Franz Müntefering, Johannes Pflug und Bodo Hombach; bei der CDU war es Leo Dautzenberg, der ein Mandat für den Bundestag erhielt. Ihre seit Ende Oktober vergangenen Jahres nachgerückten Nachfolger sind Manfred Lucas, Anne Garbe, Ursula Zumhasch (alle SPD). Nachfolger Dautzenbergs ist seit Mitte Dezember 1998 Rüdiger Goldmann (CDU).

Eine weitere Veränderung hat kommunale Ursache: Den Platz des zum Ende des abgelaufenen Jahres ausgeschiedenen SPD-Abgeordneten Heinrich Borchering aus Minden hat Gisela Lehwald (SPD) aus dem sauerländischen Olpe übernommen. Borchering, seit 1984 Landrat des Kreises Minden-Lübbecke, ist inzwischen zum hauptamtlichen Landrat gewählt worden. Seine Nachfolgerin kennt den Landtag – wie übrigens Rüdiger Goldmann (CDU) bereits aus früherer Zeit. Gisela Lehwald, für das Lehramt am Gymnasium in den Fächern Germanistik und Sozialwissenschaften ausgebildet und zuletzt Geschäftsführerin des SPD-Unterbezirks Dortmund, war vom 6. Dezember 1994 bis zum 31. Mai 1995 Mitglied der SPD-Landtagsfraktion und hat als ordentliches Mitglied im Ausschuß für Frauenpolitik gewirkt; in vier weiteren Ausschüssen war sie stellvertretendes Mitglied.

Oberstudienrat a. D. Rüdiger Goldmann hat schon zweimal ein Landtagsmandat ausgeübt, er war Mitglied des 10. und des 11. Landtags und gehört seit dem 17. Dezember 1998 auch dem 12. Landtag an. In den beiden ersten Wahlperioden war er ordentliches Mitglied des Arbeitsausschusses und des Wissenschaftsausschusses, daneben wirkte er als stellvertretendes Mitglied im Schulausschuß und im Unterausschuß „Europapolitik“ und der Kommission „Mensch und Technik“ mit.

Die Hombach-Nachfolgerin im Landesparlament, Ursula Zumhasch (51), wurde in Illserheide, Kreis Minden, geboren und ist Fortbildnerin mit Wohnsitz im münsterländischen Ostbevern. Rainer Michaelis (46) aus Lüdinghausen (Kreis Coesfeld) ist Lehrer und zum Jahresbeginn 1999 als Nachfolger der ausgeschiedenen Annette Paschke-Lehmann in die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN des Landtags nachgerückt.

Fraktionssprecherin Nacken verläßt den Landtag

Sanfte Signale für faire Streitkultur

Allgemeines Bedauern verbreitete sich im Landtag und in den Medien, als bekannt wurde, daß die Fraktionssprecherin der GRÜNEN, Gisela Nacken, aus dem Parlament ausscheidet. „Landtag intern“ nahm die nicht alltägliche Übereinstimmung zum Anlaß, der Politikerin vor ihrem Ausscheiden aus dem NRW-Landtag einige Fragen zu stellen. Bei Erscheinen dieser Ausgabe wird Gisela Nacken ihr Büro bereits der am 19. Januar gewählten Nachfolgerin übergeben, die außer Frau auch eine „Reala“ sein soll, damit der grüne Geschlechter- und Flügelproporz stimmt. Am 1. Februar tritt sie ihr neues Amt an.



Gisela Nacken (GRÜNE)

Foto: Schälte

Wie bereits gemeldet, wurde die 41jährige Architektin vom Rat der Stadt Aachen zur Baudezernentin gewählt, wenn auch erst im etwas peinlichen zweiten Anlauf. Frau Nacken freut sich auf die neue Aufgabe, in die sie ihre berufliche Qualifikation einbringen und gleichzeitig die familiären und beruflichen Pflichten besser vereinbaren kann. 1990 wurde Gisela Nacken in den Landtag gewählt. In den fünf folgenden Oppositionsjahren vertrat sie die GRÜNEN im Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen und im Verkehrsausschuß und schenkte „nebenbei“ zwei Kindern das Leben. Von 1990 bis 1995 gab es drei Oppositionsfraktionen im NRW-Landtag, die GRÜNE-Fraktion war mit zwölf Abgeordneten die kleinste Fraktion. Das änderte sich 1995 fundamental. Die GRÜNEN wurden Koalitionspartner der machtgewohnten SPD. Die Wahlnacht 1995, als sich abzeichnete, daß die SPD die absolute Mehrheit verfehlt hatte, das waren rückblickend für Frau Nacken die schönsten Stunden ihrer achteinhalb Landtagsjahre.

Und die schlimmsten Stunden? Das waren die Nächte der Koalitionskrise zwischen SPD und GRÜNEN, als um den Braunkohlentagebau Garzweiler II gerungen wurde. Gisela Nacken war, als Bärbel Höhn zur Ministerin in das Kabinett aufrückte, zur Fraktionssprecherin gewählt worden, ein Posten an der vordersten Front bei zahlreichen Konflikten. Da waren außer Sachkenntnissen vor allem Vermittlungstalent gefragt. Ihre Bescheidenheit läßt es nicht zu, daß Frau Nacken ihren großen Anteil selbst herausstreicht, daß es nicht „krachte“. Sie ging immer wieder auf die Regierenden zu und bewirkte durch sensiblen Umgang mit sehr unterschiedlichen Persönlichkeiten und Sachkompetenz ein Einlenken an verhärteten Fronten. Sie sei auch selbst härter geworden, sagt die Politikerin, die dennoch ihre Ausstrahlung behalten und sanfte Spuren in der politischen Streitkultur des Landes hinterlassen hat. Sie habe viel gelernt, bilanziert sie positiv und meint sowohl komplexe

Sachverhalte als auch das Management der Überzeugung.

Zuhören können hält sie für wichtig in einem Beruf, in dem es nach verbreiteter Meinung vor allem auf Reden ankommt. Spaß und Freude an der großen Rede, die etwa ihre Fraktionskollegin Höhn verbreitet, sind ihr weniger gegeben. Wenn sie sich dennoch bei Generaldebatten im Plenum Gehör verschaffte, lag das am Vortrag von Sachkenntnis, bei dem sie sehr wohl Konfliktlinien benannte, aber persönliche Verletzungen vermied. Ihr liegt an ehrlichen Argumenten in der Politik, als Beispiel nennt sie die Sparmaßnahmen im Kindergartenbereich.

Einige der Hauptkonflikte zwischen SPD und GRÜNEN spielten sich im Verkehrsausschuß ab. Beim Ausbau des Luftverkehrs etwa sind sich CDU und SPD einig, daß die vorhergesagten Zuwächse ein wichtiger Motor für die NRW-Wirtschaft sind. Die GRÜNEN sehen dagegen noch mehr Umwelt- und Klimabelastung als nicht hinnehmbar an. Als Verkehrspolitikern wußte sich Gisela Nacken mit ausgeprägtem Sinn für Rechte von Gruppen, von Menschen und für das Machbare auf stille, anfangs fast schüchterne Art durchzusetzen. In unzähligen Verhandlungsstunden wurden Kompromisse beim Luftverkehrskonzept „eingestellt“. Daß der Flugplatz Essen/Mülheim endgültig geschlossen wird, zählt für Frau Nacken zu den größten Erfolgen in diesem Bereich.

Zu Vorteilen durch weibliche Stärken im parteipolitischen Meinungsstreit bekennt sie sich eher vorsichtig und weist auch darauf hin, daß ohne die 50-Prozent-Quote der GRÜNEN deren Frauen nicht selten untergebuttert worden wären.

Als sich die Schlagzeilen über rot-grüne Konflikte häuften und das Ansehen der gesamten NRW-Landespolitik zu leiden, das Modell für Bonn infrage gestellt zu werden begann, einigten sich die Koalitionsoptionen auf andere Wege. Seitdem werden die Konflikte weniger öffentlich ausgetragen, vorher abgeklärt und Kompromisse hinter den Kulissen ausgehandelt. Das gilt bei den GRÜNEN erst recht für die Konflikte innerhalb der eigenen Fraktion. Daß konspirative Kampfmethoden und vergiftete Beziehungen in der Landespolitik kein Übergewicht bekommen haben, eine Tendenz, die sich Anfang der 90er Jahre breit machte, das ist Abgeordneten zu verdanken, die sich wie Gisela Nacken um faires Austragen von Konflikten einsetzen.

Daß Politik als Führungskunst von Gremien zwar für Eingeweihte spannend, für die interessierte Wählerschaft aber immer weniger nachvollziehbar geworden ist, räumt sie ein. Aber zuviel Einfluß von Parteien auf staatliches Handeln sieht sie bei den GRÜNEN nicht. In ihrer Partei könnten nach wie vor Parteiose kandidieren und mitarbeiten ohne Parteibuch sowieso. mmm

Dieter Düding legt den zweiten Band seiner Geschichte der SPD-Fraktion vor Immer kritischer Beobachter der Regierungsarbeit

Welche Rolle spielt in einem Parlament die Fraktion der Regierungspartei? Ist sie nur Schutztruppe für „ihre“ Minister oder macht sie selbst aktiv Politik? Welchen Einfluß hat die Partei mit ihren Beschlüssen auf die Arbeit der Fraktion? Diese Fragen hat sich Dieter Düding gestellt, als er daranging, die Arbeit der SPD-Landtagsfraktion in den Jahren 1966 bis 1990 zu untersuchen. Düding hat jetzt den zweiten Band seiner Fraktionsgeschichte vorgelegt, nachdem der gelungene erste Teil bereits 1995 erschienen war („Zwischen Tradition und Innovation, 1946–1966“). 1966, nach bitteren zwanzig Jahren der Opposition, konnte die SPD endlich die Regierung in Nordrhein-Westfalen übernehmen; zunächst noch in einer Koalition mit der F.D.P., dann aber, ab 1980, allein mit absoluter Mehrheit. Die Ministerpräsidenten hießen Heinz Kühn und Johannes Rau. Die SPD von 1966 hatte sich durch ihr Godesberger Programm (1959) von einer Klassen- zu einer Volkspartei gewandelt.

In den Jahren 1966 bis 1990 haben sich in dem einstigen Montanland an Rhein und Ruhr nachhaltige Veränderungen vollzogen: Eine Bildungsreform mit radikalem Umbau der überlieferten Schul- und Hochschulmodelle; nicht mehr aufzuhaltendes Zechensterben; die große Hoffnung Kernkraft mit anschließender Kehrtwendung; Umweltschutz als neue Verheißung und GRÜNE als politische Konkurrenz; über Jahre eine mühselige Gebietsreform; das Aufkommen des privaten Rundfunks — an Stoff hat es Düding nicht gefehlt. Ihm stand vielmehr eine Überfülle an Material zur Verfügung, das er aber durch eine überzeugende Gliederung und durch eine eisern durchgehaltene Methodik gut gebündelt hat. Das Ergebnis ist ein weites, abwechslungsreiches, aber stets überschaubares Panorama der Landesgeschichte in höchst interessanter Zeit. Dabei geht der Blick immer auch ein wenig über den Tellerrand der puren Landesbesichtigung hinaus, so daß bei aller Exaktheit im Regionalen die allgemeinen historischen Umstände erkennbar bleiben.

Die SPD-Fraktion, die 1966 in den Düsseldorf Landtag einzog, spiegelte die Umschichtung wider, die sich in der einstigen Arbeiterpartei vollzogen hatte. Diese Fraktion war jünger, sie hatte mehr Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes, Lehrer, mehr Absolventen höherer und hoher Schulen. Eine derartig profilierte Fraktion sah die Welt mit anderen Augen und verfolgte neue Ziele. Dabei stand ganz vorn: mehr Bildung für alle, Chancengleichheit! Damals rückte auch die CDU von der allein seligmachenden konfessionellen Grundschule ab und ließ durch Änderung der Landesverfassung geschehen, daß neue Schulformen in begrenztem Umfang zum Zuge kamen. Wieweit das alles „Fortschritt“ war, stellt sich aus heutiger Sicht freilich auch schon wieder anders dar.

Inzwischen hatten neue Themen sich nach vorn geschoben. Ende der siebziger Jahre ging erstmals das Gespenst steigender Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik um. Die fröhlichen siebziger Jahre mit ziemlich bedenkenloser Verschuldung zugunsten der Bildungspolitik waren vorbei. Finanzminister



Dieter Düding (r.) überreicht Landtagspräsident Ulrich Schmidt (l.) das erste Exemplar seines zweiten Bandes zur Geschichte der SPD-Landtagsfraktion.
Foto: Schälte

Wertz warnte, später war es Diether Posser, der in der Fraktion den Rotstift hochhielt. Die sperrige kommunale Gebietsreform erforderte Realitätssinn und Verständigungsbereitschaft über die Parteigrenzen hinaus. Die Wirtschaftskrise um 1980 machte deutlich, daß die Wurzeln dafür in der strukturellen Einseitigkeit des Landes lagen; nur Konjunkturprogramme halfen da nicht mehr. Später als andere Länder begann Nordrhein-Westfalen sich nach „Zukunftsindustrien“ umzusehen und diese zu fördern.

Garde der Jusos

Das wurde dann zum großen Thema für Johannes Rau, seit 1978 Ministerpräsident. Mit „Wir in Nordrhein-Westfalen“ vermittelte er einen neuen, landespatriotischen Schwung. Düdings Buch berichtet viel über die Arbeitsweise, den Stil und die Persönlichkeit dieses Mannes, der das Land fast zwanzig Jahre lang auf seine Weise regiert hat. Bei aller Faktizität läßt Düding immer mal wieder Persönliches und Atmosphärisches aufleuchten, weil auch das zum Verständnis von Politik gehört. Da ist die fast kumpelhafte Sympathie zwischen Heinz Kühn (SPD) und Willi Weyer (F.D.P.), zwei vom Krieg geprägte Männer, die das Leben liebten. Die so unterschiedlichen Fraktionsvorsitzenden Fritz Kassmann, Karl Joseph Denzer, Dieter Haak und Friedhelm Farthmann und ihre jeweiligen Handschriften werden sichtbar gemacht. Da fehlt auch nicht die Garde der Jusos, die nach den Landtagswahlen von 1970 und 1975 in der Fraktion nach vorne drängte, die 28jährige Anke Brunn, die Grätz, Hellwig, Büsow, Kniola und Dammeyer. Respektlos, wie sie waren, machten sie Heinz Kühn und auch Johannes Rau das Leben nicht immer leicht.

Düding stellt abschließend fest: Die Fraktion griff immer wieder und auf zahlreichen Gebieten aktiv und intensiv gestaltend in Gesetzgebung und Landespolitik ein. Sie war durchaus in der Lage, eigene Vorstellungen gegenüber der Regierung durchzusetzen. Zu gewissen Zeiten und bei bestimmten Problemen aber war die Dominanz in der Dreiecksbeziehung Fraktion-Regierung-Partei dagegen weniger eindeutig und eher diffus; da zeichneten dann das Kabinett oder wenige Fachleute (z.B. in der Rundfunkpolitik) die Linie vor. Immer aber war die Fraktion kritischer Beobachter der Regierungsarbeit und niemals nur Dienstmagd.

Wenn gelegentlich behauptet wird, „die da oben“ wüßten nicht, was „das Volk“ wirklich denke und wolle, so belegt Düdings Anatomie der SPD-Landtagsfraktion genau das Gegenteil. Über ihre Wahlkreise und durch ihre sonstigen politischen Einbindungen wissen Abgeordnete sehr wohl, was an der Basis läuft. Diese — manchmal auch widersprüchlichen — Informationen bringen sie in die Fraktion und in die Ausschubarbeit ein, wo sie in einer „hochentwickelten Gesprächs- und Beratungskultur“ in politisches Handeln umgesetzt werden. Dieter Düding hat mit seiner zweibändigen Geschichte der SPD-Landtagsfraktion nicht nur einen wesentlichen Beitrag zur nordrhein-westfälischen Landesgeschichte geleistet. Er hat auch hochinteressante Einblicke in die politischen Abläufe eines Landesparlaments in unserer Zeit geliefert.

Wolfram Köhler

(Dieter Düding, *Volkspartei im Landtag — Die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen als Regierungsfraktion 1966–1990*, Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Band 49, Dietz-Verlag Bonn, 1998)

Parlamentskicker wollen schlechte Bilanz des Vorjahres 1999 ausgleichen

FC Landtag plant zwei sportliche Begegnungen in der Türkei

Der FC Landtag hat ein sportlich ernüchterndes, um nicht zu sagen desaströses Jahr 1998 hinter sich.

So schlecht war die Bilanz der Kicker im grün-weiß-roten Trikot noch nie: kärgliche sechs Punkte aus 16 Spielen. Ein einziger Sieg, drei Unentschieden und zwölf Niederlagen. Unter diesen Umständen kann es nicht verwundern, daß auch das Torverhältnis keinen Anlaß zu reiner Freude bietet: Bei 26 : 61 Toren hat der FCL pro Spiel 3,8 Tore kassiert, wobei zu berücksichtigen ist, daß seine Torhüter mit glänzenden Paraden Schlimmeres noch verhütet haben. Zur Ehrenrettung des nordrhein-westfälischen Parlamentsfußballs muß allerdings festgestellt werden, daß die durch nichts zu beschönigende Bilanz in der durchaus oft ansehnlichen spielerischen und kämpferischen Leistungen nicht adäquat widerspiegelt. Läßt man einmal die katastrophalen Niederlagen von 1 : 8 gegen die Landrat-Rosenke-Elf und das 1 : 11 gegen die Mannschaft der Bezirksregierung beiseite, so ist zu konstatieren, daß der FCL beispielsweise im Auftaktspiel gegen News 89,4 unter der Schiedsrichterleitung von Landtagsvizepräsident Dr. Klose ein Klassematch hinlegte, sich auch durch den schnellen Rückstand nicht beirren ließ, Moral und Charakter bewies und mit 5 : 5 völlig verdient das Unentschieden erreichte. Eine Teamleistung, die zu allergrößten Hoffnungen berechtigte. Unglücklich dann die 2 : 3-Niederlage gegen den Hessischen Landtag, die in letzter Sekunde zustande kam, oder das 2 : 4 in Recklinghausen gegen das Prosper-Hospital oder das 3 : 4 gegen das WZ-Team im Rheinstadion oder das 0 : 0 gegen den späteren Turniersieger, das Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport. Auch beim 1 : 1 gegen die Stadt Ennepetal, beim 2 : 4 gegen die Duisburger Trainerauswahl oder beim 3 : 6 gegen den Sächsischen Landtag in Dresden, ein Höhepunkt der Saison, wußte der FCL zu gefallen. Kurz und gut: Eigentlich waren das alles potentielle Siege. Eigentlich steht der FCL weit besser da, als es die Statistik ausweist. Beherrzt man noch die Erkenntnis, daß Statistiken lügen, dann brauchen die Mannen um Günter Langen, weiß Gott, die Köpfe nicht hängen zu lassen. Erfreulich auch, daß der FCL mit dem schon erwähnten Spielführer Günter Langen wieder eine präsidiale Gallionsfigur besitzt, die doch etliche Abgeordnete neu animierte, die Fußballstiefel zu schnüren: Peter Bensmann, Michael Breuer, Bernhard Kasperek, Hans Kraft (im Nebenberuf FCL-Schatzmeister), den Alt-Internationalen Rainer Maedge, Thomas Mahlberg, Bernhard Tenhumberg und Oliver Wittke. Erfreulich weiter, daß der FCL mit Thomas Mayer zweifellos einen Fußball-Juwel in seinen Reihen weiß, der mit vier Treffern immerhin Platz 3 der vereinsinternen Torschützenliste belegt, übertroffen nur von den jeweils fünf Toren, die sein Vater Werner May-



Die Sternsinger der Pfarrgemeinde Sankt Martin in Düsseldorf-Bilk haben am 6. Januar, dem Tag der Heiligen Drei Könige, den Landtag Nordrhein-Westfalen aufgesucht, um unter dem Motto „Schomobeto – Miteinander singen, damit Kinder heute leben können“ im Foyer und im Restaurant des Parlamentsgebäudes Spenden zu sammeln. Die Sternsinger wurden von Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (r.) empfangen, stellten sich bei strahlendem Sonnenschein vor dem Landtagsgebäude zu einem Erinnerungsfoto und setzten anschließend ihre Spendenaktion fort. Schwerpunkt der Spendensammlung war in diesem Jahr Bangladesch.

Foto: Schälte

er und Spielertrainer Wolfgang Euteneuer erzielten. Letzterem gilt nach wie vor unser vollstes Vertrauen, er wird auch nach dem nächsten Spieltag weiter Trainer des FCL bleiben, jedenfalls gehen wir davon aus, auch wenn Fußball heutzutage ein brutales Geschäft ist und man nie so recht weiß, was das nächste Wochenende bringen wird. Damit richtet sich der Blick in die Zukunft der Saison 99. Dann wird die staunende Öffentlichkeit einen nach wie vor brillanten, aber ergebnisorientierten FC Landtag erleben mit Vorspielen bei Fortuna Köln und bei Eintracht Frankfurt gegen Borussia Dortmund, mit zwei Begegnungen in der Türkei gegen das dortige Parlamentsteam: Mit uns zieht ein neuer Geist.

Diegel erneut TT-Champ

Die Emotionen kochten hoch zwischen den 22 Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Tischtennis-Turniers im Landtag NRW. Nach teilweise erbittert geführten Begegnungen in den vier Gruppen qualifizierten sich tatsächlich die von den Londoner Buchmachern gesetzten Helmut Diegel, Theo Kruse, Manfred Mündelein und Hans-Georg Schröder. Bevor es so weit war, mußte dieses Premier-League-Quartett allerdings viel Schweiß vergießen und Tischtennis auf höchstem Niveau bieten. Leicht machten es ihnen die vermeintlichen „underdogs“ aus den Niederungen der Landtagsverwaltung nun wahrlich nicht in dem von Marianne Theil und Thomas Schneider straff organisierten Wettbewerb. Niemand wird es mir verdenken, wenn ich hier und heute in aller Deutlichkeit ein herzliches Dankeschön an die beiden einflechte. Doch nun zurück zum Halbfinale: Manfred Mündelein brachte Helmut Diegel in arge Bedrängnis, scheiterte schließlich aber doch an dem alle seine Kräfte sammelnden Routinier. Theo Kruse, der immer mal wieder

aufblitzen ließ, daß er gemein geschlagenen Bällen nicht abhold ist, mußte sich trotz seiner Fähigkeiten dem konzentriert agierenden Hans-Georg Schröder beugen. Im Finale war Schröder dann jedoch dem sich von den Strapazen der Haushaltsberatungen erholt zeigenden Topfavoriten Diegel unterlegen. Helmut Diegel also heißt der Sieger des Tischtennis-Turniers im Landtag NRW. Für ein Jahr zielt die voluminöse Championship-Trophäe sein Heim. Dann machen sich erneut daran, ihn zu stürzen: Barbara Abbing, Ernst Becker, Irmgard Birn, Michael Endres, Monika Heßhaus, Eliv Karaca, Claudia Karsten, Theo Kruse, Michael Landwehr, Manfred Marcinkowski, Petra Meier, Kati Meyer, Manfred Mündelein, Thomas Schlicht, Thomas Schneider, Peter Schreiber, Hans-Georg Schröder, P.M. Theil, Sabine Trotzewitz, Georg Widera, Hans Zinnkann. Bis spät in die Nacht wurden in fröhlicher Tangenten-Runde die Pläne dafür geschmiedet.

Mehr Frauen erhalten Professur in NRW

Der Anteil von Frauen an der Gesamtzahl der Professuren habe sich in den letzten zehn Jahren von 4,5 auf 8,7 Prozent fast verdoppelt. Besonders in den letzten Jahren zeichne sich hier eine erfreuliche Tendenz ab, was auch für die Spitzenpositionen der Wissenschaft gelte, bei denen der Frauenanteil von 3,3 auf 6,2 Prozent gestiegen sei. Dies berichtet Wissenschaftsministerin Gabriele Behler (SPD) in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Marianne Hürten. Die GRÜNE-Politikerin hatte im Hinblick auf den anstehenden Generationswechsel auf den Lehrstühlen darauf hingewiesen, daß der Frauenanteil bei den Spitzenprofessuren noch immer nur wenig über fünf Prozent liege (Drs.12/3406).

SPD-Fraktion**SPD-Fraktion begrüßt erste Änderungen im Maßregelvollzug**

Als einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung bezeichnete Horst Vöge, gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, die Absicht der Landesregierung, künftig den Maßregelvollzug als eigene Aufgabe wahrzunehmen. „Damit schafft die Regierung die Voraussetzung dafür, demnächst selbst handeln zu können, um so die derzeit im Maßregelvollzug bestehenden Blockaden zu überwinden“, kommentierte Vöge. Hintergrund der beabsichtigten Neuregelung sei, daß das geltende Gesetz den Landschaftsverbänden den Maßregelvollzug zwar als Aufgabe zuweise, ihnen aber die baurechtlichen Möglichkeiten fehlten, für erforderlich befundene Maßnahmen auch durchzusetzen. Dieses Problem solle durch die gesetzliche Neuordnung der Handlungsbefugnisse gelöst werden. Wenn gleich die Verantwortung des Landes im Maßregelvollzug gestärkt werden solle, würden gleichwohl auch künftig die Landschaftsverbände mit der Durchführung des Maßregelvollzugs beauftragt werden. „Hierdurch bewahren wir uns die Chance, auf die Kompetenzen der Landschaftsverbände im Maßregelvollzug auch weiterhin zurückgreifen zu können“, erklärte Vöge.



Als absurd und fadenscheinige Polemik hat die SPD-Landtagsfraktion die Forderung der CDU-Opposition zurückgewiesen, die Landesregierung solle keine anwaltliche Beratung von Zeugen in Untersuchungsausschüssen mehr bereitstellen. Der anwaltliche Schutz von Zeugen in jedem Verfahren sei ein Grundrecht. „Die CDU-Forderung nach Verzicht darauf ist ein Angriff auf die rechtsstaatlichen Grundfesten unserer Demokratie“, erklärte der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Adolf Retz. Wer zudem so schamlos wie die CDU parlamentarische Untersuchungsausschüsse als politisches Kampfinstrument gegen die Regierung mißbrauche, müsse keine Krokodilstränen vergießen über notwendige Kosten für anwaltlichen Schutz von Zeugen in denselben Untersuchungsausschüssen.

Als jüngstes Beispiel für den Mißbrauch verwies Retz auf die Unterstellungen und Vorverurteilungen der CDU im Zusammenhang mit dem Untersuchungsausschuß zum Oberhausener Medienprojekt HDO. „Obwohl der HDO-Untersuchungsausschuß von bisher 14 vorgesehenen Zeugen erst zwei gehört hat, konnte der Obmann der CDU im Ausschuß schon am Jahresende den zu untersuchenden Gesamtkomplex beurteilen und öffentlich bewerten. Diese seltene Begabung hat ihren Ursprung offensichtlich nicht in einer besonderen Weitsicht, sondern wohl eher in einer vordergründigen Oppositions-Taktik“, kritisierte Adolf Retz.

„Wenn es Unregelmäßigkeiten bei der Förderung des Oberhausener Medienprojektes gegeben hat, dann gehören sie auf den Tisch, damit sie für die Zukunft abgestellt werden können“, betonte Retz. Die CDU-Opposition aber fahre hier wieder einmal ihre vordergründige Strategie ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Entwicklung des Industriestandortes NRW. Schamlos nutze die CDU die kritische Situation eines innovativen Unternehmens aus, das naturgemäß mit Schwierigkeiten zu kämpfen habe, wenn es sich mit neuer Technologie am Markt erst behaupten und durchsetzen müsse. „Wer Zukunftspfade erschließen will, kann das nicht ohne Risiko tun“, unterstrich Retz. Deshalb sei es selbstverständliche Pflicht der Landesregierung, innovative Unternehmen bei der Einführung neuer Technologie zu unterstützen. Täte sie das nicht, hätte die Landesregierung zu Recht Vorwürfe verdient.

CDU-Fraktion**Zeugen der U-Ausschüsse: Land zahlt für Beratung**

Die CDU-Landtagsfraktion hat die Zahlung von Anwaltshonoraren zur Beratung von Zeugen im Rahmen der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse beanstandet. So finanzierte die Landesregierung dem Landtagsabgeordneten und ehemaligen Sozialminister Horstmann die Beratung durch einen Anwalt in Höhe von rund 25 000 Mark. Der CDU-Sprecher für Haushaltskontrolle, Michael Breuer, stellte fest: „Es ist nicht einzusehen, warum Zeugen in den Untersuchungsausschüssen für die bloße Schilderung von Sachverhalten anwaltschaftliche Unterstützung benötigen. Sie sollen doch nichts anderes als die Wahrheit sagen, und dies bedarf keiner teuren Beratung zu Lasten des Steuerzahlers. Breuer weiter: „Wir gehen davon aus, daß die Landesregierung für das Jahr 1999 bereits mehrere hunderttausend Mark eingeplant hat.“

Die CDU will im Ausschuß für Haushaltskontrolle klären lassen, welcher Betrag für die Beratung von Zeugen in den beiden Untersuchungsausschüssen Forensik und HDO in den Haushalt eingestellt worden ist. Darüber hinaus will die CDU-Landtagsfraktion die rechtliche Grundlage dieser bereitgestellten Mittel prüfen und nach den Kriterien fragen, welche weiteren Zeugen vom Land finanziell unterstützt werden bzw. in der Vergangenheit bereits unterstützt wurden. Breuer forderte die Landesregierung auf, diese Vorgänge sofort offenzulegen und keine weiteren Mittel für Beratung von einzelnen Zeugen aus Steuermitteln zur Verfügung zu stellen.

Hieronymi gegen Erhöhung der Kabelgebühren

„Es ist nicht zu akzeptieren, daß die Bürgerinnen und Bürger noch tiefer in die Tasche greifen müssen, um fernzusehen. Die Belastung mit Gebühren und Abgaben ist ohnehin hoch genug.“ Dies erklärte die medienpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Ruth Hieronymi. Sie reagierte damit auf den Vorschlag des neuen Vorsitzenden der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten (DLM), Dr. Norbert Schneider. Er hatte sich für eine Erhöhung der Kabelgebühr ausgesprochen, die den privaten Fernsehsendern zugute kommen soll. „Eine solche Finanzierung widerspricht dem Sinn des dualen Systems, das eindeutig zwischen dem gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk und dem werbefinanzierten privaten Rundfunk trennt“, machte die Medienpolitikerin deutlich. „Eine Einflußnahme über finanzielle Zuwendungen auf den privaten Rundfunk ist daher nicht wünschenswert.“

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

DIE GRÜNEN-Fraktion**Längst überfälliger Schritt zur Integration**

Durch die geplante Reform des Staatsbürgerschaftsrechts wird ein längst überfälliger Schritt zur Integration der mit und unter uns lebenden zugewanderten Menschen geleistet. Im Kern sieht die geplante Reform vor, daß Kinder ausländischer Eltern mit der Geburt in der Bundesrepublik die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, wenn ein Elternteil bereits hier geboren wurde oder als Minderjähriger bis zum 14. Lebensjahr eingereist ist. Darüber hinaus soll die Einbürgerung dauerhaft bei uns lebender Menschen mit ausländischem Paß erleichtert werden. Das neue Staatsbürgerschaftsrecht würde für 250 000 Kinder und für rund zwei Drittel der in NRW lebenden Migrantinnen und Migranten die Einbürgerung mit sich bringen können. Dabei soll auf die Verpflichtung zur Aufgabe der bisherigen Staatsbürgerschaft verzichtet werden. Gerade gegen diesen Punkt laufen nun konservative Kräfte, insbesondere die CSU und CDU, Sturm. In einer Zeit, in der Prozesse der Denationalisierung stattfinden, der europäische Integrationsprozeß vorangetrieben wird, Migration ein übergreifendes Phänomen darstellt, ist eine solche Haltung nicht nur kontraproduktiv, sondern rückwärtsgerichtet. Ein Blick über die Landesgrenze hinaus zeigt schnell, daß erleichterte Einbürgerung und doppelte Staatsbürgerschaft längst europäischer Standard sind. Dies zeigt auch die 1997 vorgelegte Europäische Staatsangehörigkeitskonvention. Auch drängt sich die Frage auf, warum die CDU früher immer die doppelte Staatsangehörigkeit für Aussiedlerinnen und Aussiedler aus Polen und anderswo eingesetzt hat, dieses aber für Zuwanderinnen und Zuwanderer im Inland ausschließen will. Es geht auch nicht darum, für die Migranten Sonderrechte zu schaffen. Sinn macht die doppelte Staatsangehörigkeit erst dann, wenn sie auch für Deutsche im Ausland gilt. Die Bereitschaft zur Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit ist keine Aufforderung, diese in jedem Fall anzustreben. Aber so wird es vielen Menschen leichter gemacht, sich für die deutsche Staatsbürgerschaft zu entscheiden. Die Einbürgerungsverfahren würden beschleunigt werden, da die Entlassungen aus den alten Staatsbürgerschaften nicht mehr abgewartet werden müßten. Dies ist insbesondere eine bedeutende Erleichterung für diejenigen, die aus Ländern kommen, die diese Entlassung nicht oder nur unter sehr schwierigen Bedingungen vornehmen. Für viele Menschen ist die Frage der Übernahme einer neuen Staatsbürgerschaft auch mit Unsicherheit und Ängsten verbunden. Wenn sie ihre alte Staatsbürgerschaft, die ja auch Symbol für familiäre und andere soziale Bindungen ist, behalten können, dann wird ihnen die Entscheidung sicher leichter fallen. Die geplante Reform wird für unser Land ein Gewinn sein. Ein Bevölkerungsanteil von derzeit in NRW über elf Prozent bekommt die Möglichkeit, durch Einbürgerung endlich die vollen Bürgerrechte zu erhalten. Dies ist ein Schritt, der auch im Sinne eines demokratischen Grundkonsenses für unsere Gesellschaft von Bedeutung ist.

Beschlossene Gesetze und Aktuelle Stunden

Der Landtag hat im vergangenen Jahr 28 Gesetze beschlossen. Verabschiedet wurden das 9. Rundfunkänderungsgesetz, das 12. und 13. Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes, das Gesetz über den Feuerschutz und die Hilfeleistung, das 8. Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften, das Gesetz zum 2. Staatsvertrag zwischen Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen über Änderungen der gemeinsamen Landesgrenze, das Gesetz zur Änderung des Kurortgesetzes, das 2. Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes, das Lehrerausbildungsgesetz, das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Übertragung landesrechtlicher Geschäfte auf den Rechtspfleger, das Gesetz zur Ausführung der Insolvenzordnung, das 7. Landesbesoldungsänderungsgesetz, das Gesetz über die Versorgung der Steuerberater, das Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung, das Gesetz zur Änderung des Landesabfallgesetzes, das Euro-Einführungsgesetz, das Krankenhausgesetz sowie das 3. Gesetz zur Änderung über Tageseinrichtungen für Kinder.

Neunzehn Aktuelle Stunden fanden 1998 statt. Die Themen lauteten: Wanderkirchenasyl für Kurden in NRW; Keine Zusammenarbeit mit extremistischen Parteien; Fünf Jahre nach dem Solinger Brandanschlag – Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit gemeinsam entgegneten; Ahaus darf nicht zum atomaren Endlager werden; Zwischenbilanz auf dem Ausbildungsmarkt NRW; Kinder und Jugendliche von Armut bedroht; Der Arbeitsmarkt muß auch in NRW endlich stärker an Dynamik gewinnen; NRW begrüßt Kurswechsel im Staatsbürgerschaftsrecht; Die rot-grüne Koalitionsvereinbarung in Bonn gefährdet Arbeitsplätze in NRW; Bundesverfassungsgericht bestätigt auch das nordrhein-westfälische Konzept für Lebensschutz – Hilfe und Beratung statt Strafe; Vergleich von Abiturarbeiten: Ein wichtiger Schritt Nordrhein-Westfalens zur Verbesserung der Qualität von Schule; Freiheitsberaubung oder Strafvereitelung – sofortige Aufklärung tut not.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,
8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX
8 84 30 22

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat Edgar Moron MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer, Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ute Koczy (GRÜNE), Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154

Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche



Willi Zylajew (CDU)

Als der damals 18jährige Willi Zylajew in der Abendschule ein Referat über die 1968 im Bundestag vertretenen Parteien halten mußte, knüpfte er die ersten Kontakte zur Politik. Und nach intensivem Studium deren Programme entschloß sich der gebürtige Kölner ein Jahr später, der CDU beizutreten. „Die Sozialausschüsse hatten es mir angetan und auch die damaligen ‚Visionärs-Politiker‘ Katzer und Blüm“, erinnert sich der heutige mittelrheinische CDA-Bezirksvorsitzende.

Denn vor allem der soziale Bereich bestimmt den bisherigen beruflichen wie politischen Lebensweg des gelernten Meß- und Regelmechanikers. Nach der Lehre erwarb er an der Abendschule die Fachhochschulreife und hatte das Ziel, Ingenieur zu werden. Doch bereits als Jugendvertreter im DGB-Ortskartell Hürth aktiv, entschied sich der Hürther schließlich für das Studium der Sozialarbeit an der Fachhochschule Köln und wurde Sozialarbeiter.

Beim Caritasverband des Kreises Köln sprang Willi Zylajew immer dort ein, „wo soziale Schwerpunkte entstanden“ – ob bei Asylanten oder Gastarbeitern, bei Jugendlichen oder älteren Menschen. Seit 1986 Leiter der Altenheimverwaltung des Caritasverbandes für den Erftkreis, legt er großen Wert, sich trotz seiner parlamentarischen Tätigkeit noch um diese älteren Mitbürger zu kümmern. „Ich habe mich nicht beurlauben lassen.“

Schon seit 1975 engagiert sich der Christdemokrat in der Kommunalpolitik, als Mitglied des Hürther Stadtrates und seit längerem auch als stellvertretender Bürgermeister. Dem Kreistag des Erftkreises gehört er inzwischen 14 Jahre an.

1995 in den Landtag gewählt, berief ihn die Fraktion in den Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie, den Migrations- und den Sozialausschuß-Tätigkeitsfelder, die dem Hürther „am Herzen liegen“.

So zählt für den Christdemokraten die Förderung der Familien zu den originären Landesaufgaben. „Wir unterstützen aber mit enormen Mitteln vor allem Institutionen, die Familien in der Krise helfen“, kritisiert der Abgeordnete. „Die Familien müssen erst zu sozialen Randgruppen werden, wenn sie Hilfe bekommen.“ Statt dessen fordert er eine stärkere direkte Unterstützung „gesunder Familien“, beispielsweise durch offene Jugendeinrichtungen und

Familienurlaub mit Bildungscharakter. „Mit Freizeit-Einrichtungen erreichen wir mehr als mit Beratungsstunden.“ Sehr kritisch beurteilt Willi Zylajew auch die derzeitige Migrationspolitik, die sich für ihn in einer „absoluten Schiefelage“ befindet. So sollten die Politiker endlich den Mut aufbringen, den ausländischen Mitbürgern zu vermitteln, daß sie selbst einen Beitrag zu Integration leisten müßten. So sollten sie die deutsche Sprache erlernen und die Chance nutzen, Vereinen beizutreten. Als „Migranten-Enkel“ – seine Großeltern stammen aus Litauen, „kann ich es etwas deutlicher sagen“, meint der Abgeordnete.

Im Sozialbereich hält es der Hürther für wichtig, daß die Sozialhilfeempfänger möglichst an die Arbeitswelt wieder herangeführt werden. So sei es „schlimm“, daß der Staat relativ großzügig Sozialgelder auszahle, diese Mittel aber nicht an die Teilnahme an beruflichen Qualifizierungs- bzw. Trainingsmaßnahmen oder an sozialen Tätigkeiten binde.

Daß für den Vater von fünf Kindern die Politik „nicht der Mittelpunkt, sondern nur ein Teil meines Lebens ist“, beweisen dessen vielfältigen anderen Aktivitäten. So legt er als gelernter Handwerker selbst Hand an im Einfamilienhaus mit Garten. Und er arrangiert internationale Begegnungen in Partnerstädten, wie beispielsweise im polnischen Skawince südlich von Krakau oder im englischen Thetford.

Jochen Juretko
(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 20. bis 29. Januar 1999

- 20.1. **Hermann-Josef Arentz** (CDU), 46 J.
23.1. **Gabriele Gorcitza** (SPD), 47 J.
24.1. **Christiane Bainski** (GRÜNE), 47 J.
25.1. **Tanja Brakensiek** (CDU), 30 J.
27.1. **Hans-Peter Meinecke** (SPD), 55 J.
29.1. **Hans Kern** (SPD), 66 J.

★

Inge Donnepp (SPD), ehemalige Landtagsabgeordnete und Staatsministerin a.D., ist von Ministerpräsident **Wolfgang Clement** (SPD) aus Anlaß ihres 80. Geburtstages mit einem Empfang in der nordrhein-westfälischen Justizakademie in Recklinghausen geehrt worden. In seiner Laudatio sagte Clement, Inge Donnepp gehöre zu den großen und starken Frauen dieses Landes, auf die man stolz sei. Aufgrund ihres Mutes, ihrer Bürgernähe und ihrer ausstrahlenden Menschlichkeit sei sie „die Mutter Courage des Ruhrgebietes“. Der Regierungschef ließ Frau Donnepps politische Karriere Revue passieren. Nach dem Dolmetscher-Examen in Heidelberg studierte sie Jura in Berlin und Heidelberg. Sie wurde Anwältin und danach Sozialrichterin in Münster und Gelsenkirchen. Im Alter von 57 Jahren begann ihre eigentliche politische Karriere. 1975 wurde sie im Kabinett **Heinz Kühn** Ministerin für Bundesangelegenheiten. Kühns Nachfolger **Johannes Rau** (beide SPD), der auch nach Recklinghausen gekommen war, berief sie 1978 zur Justizministerin. Inge Donnepp wurde die erste Justizministerin in Deutschland. Zu ihren Verdiensten zählten die Resozialisierung jugendlicher Straftäter, der Kampf gegen menschenverachtende Videos, die Entlastung der Justiz durch Schiedsstellen und die Stärkung der richterlichen Unabhängigkeit. Beim Empfang gab es ein Wiedersehen mit zahlreichen politischen Weggefährten, darunter die ehemaligen Minister **Professor Dr. Friedhelm Farthmann** (SPD), **Liselotte Funcke** (F.D.P.), **Dr. Dieter Posser**, **Professor Dr. Reimut Jochimsen**, **Dr. Rolf Krumsiek**, **Dr. Dieter Haak** und **Jürgen Girgensohn** (alle SPD).

★

Dr. Katrin Grüber, Landtagsvizepräsidentin, **Dr. Michael Vesper**, stellvertretender Ministerpräsident, und **Roland Appel**, Fraktionssprecher, müssen nicht mit einem Strafverfahren rechnen. Die Staatsanwaltschaft Köln hat ihre Ermittlungen im Zusammenhang mit einer Demonstration in Bonn eingestellt. Maßgebend für die Entscheidung war der Bericht eines Polizisten, wonach Vesper keinen Druck auf Polizisten ausgeübt und nicht in unzulässiger Weise Einfluß genommen habe. Gegen die drei GRÜNEN-Politiker waren sieben Strafanzeigen wegen Nötigung und Anstiftung zur Strafvereitelung erstattet worden. Am Rande einer NPD-Kundgebung Ende Oktober hatte die Polizei in Bonn rund 300 linke Gegendemonstranten eingekesselt. Grüber, Vesper und Appel hatten sich daraufhin, von einem nahegelegenen GRÜNEN-Parteitag kommend, in die Verhandlungen zwischen Polizei und Demonstranten eingeschaltet. Nach Angaben der Sprecherin der Anklagebehörde seien die Gespräche zwischen den GRÜNEN-Politikern und der Polizei dem Beamten-Bericht zufolge in sachlicher und ruhiger Atmosphäre verlaufen. Ein Anfangsver-

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



EU respektiert Kölsch-Bierkultur

Egal, ob Kölsch, Alt oder Pils – das herbe Getränk – frisch gezapft und in typischer Weise serviert – ist Teil der Alltagskultur in Nordrhein-Westfalen. Ob in der Kneipe, im Biergarten, bei Hochzeiten, Trauerfeiern oder einfach zur Entspannung nach einem langen Arbeitstag – der Gelegenheiten sind viele, bei denen gerne zum Bier gegriffen wird. Grund genug für das Bonner Amt für rheinische Landeskunde des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR), sich ausführlich diesem Thema zu widmen. In der Publikation „Bierkultur an Rhein und Maas“ (Bouvier Verlag Bonn) präsentieren die Volkskundler des LVR jetzt auf über 300 Seiten Wissenswertes rund ums Bier. Welcher Liebhaber des Obergärigen weiß schon, daß Kölsch die weltweit einzige Bierspezialität mit geschützter geographischer Herkunftsbezeichnung ist? Kölsch darf eben nur aus Köln kommen – das ist inzwischen auch EU-Recht. Trotz seiner lokalen Verbreitung ist Kölsch ein Milliardenmarkt mit zahlreichen Arbeitsplätzen in Köln und Umgebung. Aber keine Sorge: auch Alt- und Pilsliebhaber kommen in der „Bierkultur“ auf ihre Kosten. Der mit vielen Abbildungen und Info-Grafiken reichhaltig ausgestattete Band führt ein in die Geschichte des Biers, lüftet die Geheimnisse der Braukunst und drückt sich auch nicht vor dem heiklen Thema „Bier und Arbeit“. Er bietet einen sonst nur Insidern vorbehaltenen Blick in die Techniken der modernen Werbe- und Marketingstrategien und öffnet die Augen für regionaltypische Bräuche und Sitten.

Foto: LVR / Grans

dacht auf eine Straftat sei damit nicht gegeben.

★

Rudolf Schumacher ist von der GRÜNE-Fraktion im Landtag zu ihrem Pressesprecher gewählt worden. Er löste die bisherige

Pressesprecherin **Sabine Lauxen** ab, die Ende vergangenen Jahres als Leiterin der Presseabteilung von Bundesgesundheitsministerin **Andrea Fischer** (GRÜNE) nach Bonn gewechselt war. Rudolf Schumacher ist seit acht Jahren bei der Fraktion tätig.